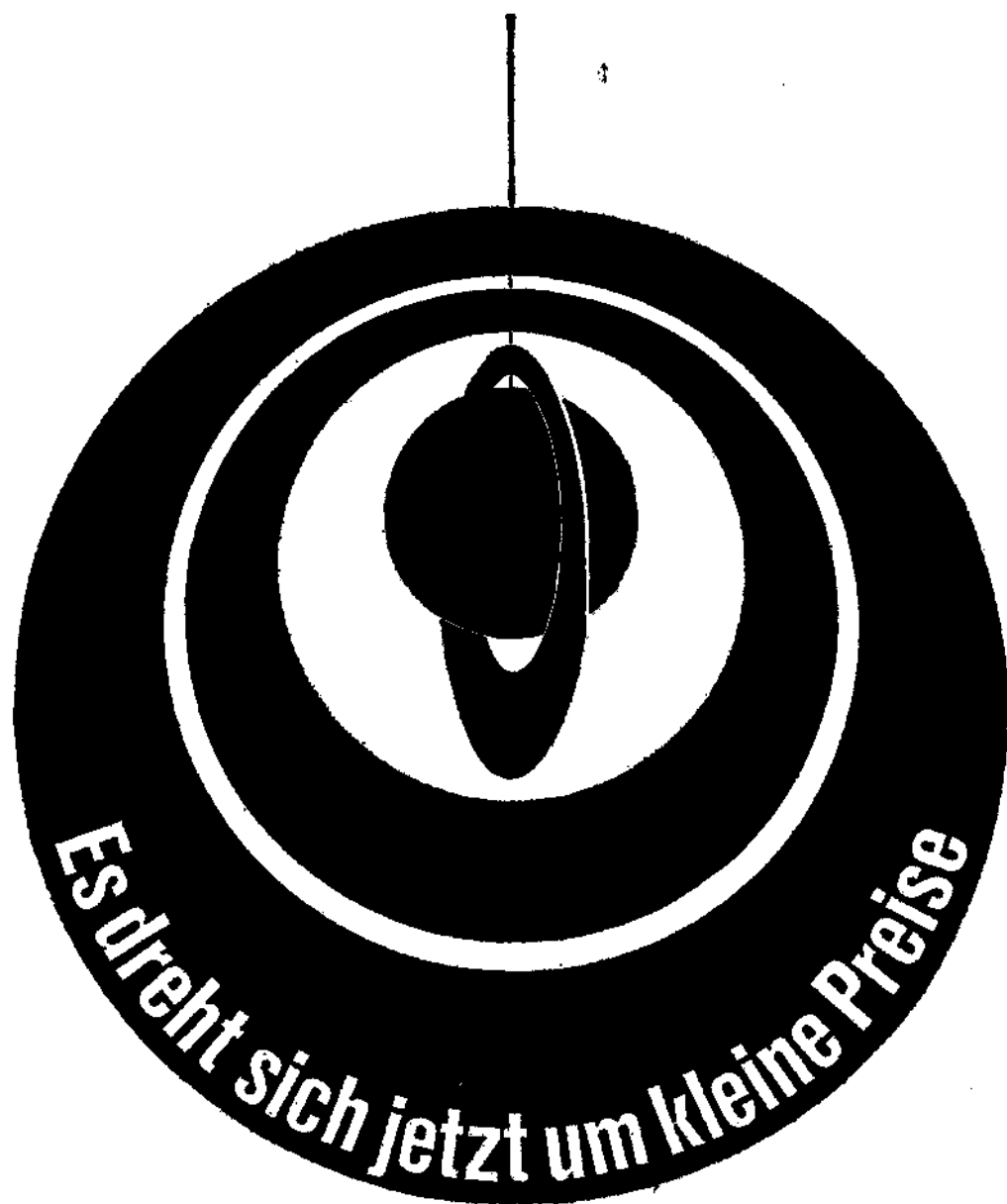


Es dreht sich jetzt um neue Fragen





*Max Reimann, 1. Sekretär
des ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands*

WISSEN UND TAT

Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus

23. Jahrgang

Sondernummer 1/1968

Einzelpreis 50 Pf

Zum Programmentwurf der Kommunistischen Partei Deutschlands

**Rede des Genossen Max Reimann, 1. Sekretär des ZK der KPD,
auf der 11. Tagung des Zentralkomitees**

I.

Dem 11. ZK-Plenum liegt heute zur Beratung und Beschlußfassung der Entwurf eines Programms unserer Partei vor. Die auf der 8. Tagung des Zentralkomitees beschlossene Kommission hat die Problematik eines Programms diskutiert und diesen Entwurf ausgearbeitet. Die Mitglieder der Kommission sind sicher, daß die Mitglieder des Zentralkomitees zu dem vorliegenden Entwurf noch viele Ideen äußern werden, so daß der Entwurf dann endgültig fertiggestellt werden kann.

Mit der Beratung eines Parteiprogramms erhält die 11. Tagung des Zentralkomitees in der Geschichte unserer Partei eine besondere Bedeutung. Die Ausarbeitung eines Programms für eine marxistisch-leninistische Partei in der Bundesrepublik gewinnt dadurch eine große Bedeutung, weil die Bundesrepublik zum Hauptherd einer neuen Kriegsgefahr in Europa geworden ist. Die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus mit seiner aggressiven Politik nach außen und seiner Aggressivität nach innen gegen die eigene Bevölkerung macht zwingend notwendig, daß die Arbeiterklasse und alle demokratischen Volkskräfte der Bundesrepublik Schritt um Schritt den Weg zu einer grundlegenden demokratischen Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse, zur demokratischen Macht des arbeitenden Volkes und schließlich zum Sozialismus beschreiten, damit dieses Zentrum der Kriegsgefahr

beseitigt wird und von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgeht.

Das Programm muß Antwort geben auf die neuen Probleme und Fragen der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung in Westdeutschland; es muß die Umwandlung der Bundesrepublik zu einem Faktor des Friedens zum Hauptziel erheben und den Weg weisen zu einer Entwicklung der Bundesrepublik, die mit den Hauptentwicklungstendenzen in der Welt und in Europa übereinstimmt und damit auch die Voraussetzungen schafft, für die Möglichkeit zu einer späteren Vereinigung der beiden deutschen Staaten.

In einer Zeit, da sich in der Bundesrepublik die inneren Widersprüche des staatsmonopolistischen Kapitalismus zuspitzen und die Gefahr, die vom deutschen Imperialismus ausgeht, alarmierend groß wird, fällt unserer Partei die nationale Aufgabe zu, ein mobilisierendes, aufrüttelndes, in die Zukunft weisendes Programm auszuarbeiten und damit allen progressiven Kräften eine Orientierung im gegenwärtigen Kampf und für die Zukunft zu geben.

Um auf die Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung, der inneren staatlichen Entwicklung, der Bildung und des geistigen Lebens usw. eine konstruktive Antwort geben zu können, braucht die Partei eine neue zusammenhängende programmatische Position. Die grundsätzliche theoretische Klärung der neuen Probleme, die sich

aus dem Einfluß der Existenz des Sozialismus, vor allem der Entwicklung der DDR, aus der staatsmonopolistischen Entwicklung, aus der technischen Revolution unter den Bedingungen der Herrschaft des Finanzkapitals, aus den Strukturveränderungen in der Arbeiterklasse und der Bevölkerung der Bundesrepublik usw. ergeben, ist Voraussetzung, um wirkungsvoll und kontinuierlich die Politik und Taktik auf den einzelnen Gebieten des Kampfes entwickeln zu können.

Alle Erfahrungen bestätigen, daß heute an uns Kommunisten immer höhere Anforderungen gestellt werden. Von uns Kommunisten erwartet man eine Antwort darauf, wie es weitergehen soll. Auch die Arbeiterklasse und die progressiven Kräfte in den anderen Ländern schauen auf uns Kommunisten in der Bundesrepublik, wie wir an einem gefährlichen Brennpunkt unsere Politik entwickeln und unserer Aufgabe im Kampf gegen den Imperialismus gerecht werden.

Die KPD trägt als Partei, die an einem entscheidenden Punkt der weltweiten Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus kämpft, eine besondere Verantwortung gegenüber der internationalen Arbeiterbewegung. Sie muß den Kampf führen gegen die Hauptstoßkraft des Imperialismus in Europa, gegen den westdeutschen Imperialismus. Sie ist verpflichtet, sich als marxistisch-leninistische Partei der Bundesrepublik durch ein

wissenschaftlich fundiertes Programm an der Klärung der Probleme zu beteiligen, die in der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung diskutiert werden. Es geht für uns darum, zur richtigen Einschätzung der Lage und der Entwicklung in Westdeutschland, der Politik des westdeutschen Imperialismus beizutragen. Unsere Partei muß einen eigenen Beitrag leisten zur Entwicklung der Strategie und Taktik der kommunistischen und Arbeiterbewegung im Kampf gegen das Monopolkapital, für die Sammlung der demokratischen Kräfte, für Demokratie und Sozialismus unter den neuen Bedingungen.

Unsere ZK-Tagung und die Beschlüßfassung über ein Parteiprogramm wird in der Öffentlichkeit noch besser klarstellen, wie notwendig eine legale kommunistische Partei ist. Ein solches Programm und eine von einer klaren programmatischen Zielstellung bestimmte Politik sind von großer erzieherischer Bedeutung innerhalb unserer Partei selbst und werden ihr helfen, in der Arbeiterklasse und den anderen Volksschichten die Überzeugung zu wecken, daß eine legale kommunistische Partei auch in ihrem Interesse notwendig ist. So wird deren Bereitschaft gestärkt, am Kampf für die Legalität der KPD aktiv teilzunehmen. Eine Offensive für die Legalität unserer Partei muß eine politisch-ideologische Offensive für die Politik der Partei unter den Volksmassen sein.

Warum jetzt ein KPD-Programm?

Warum ist es gerade jetzt erforderlich, daß die KPD mit einem eigenen Programm auftritt? Offensichtlich haben wir einen Schnittpunkt in der Nachkriegsentwicklung erreicht. Was ist der wesentliche Inhalt der Entwicklung seit der Niederlage des deutschen Imperialismus seit seinem letzten Aggressionskrieg? Erinnern wir uns:

1945 lag der deutsche Imperialismus am Boden. Die Lehren der Geschichte geboten, nicht zuzulassen, daß die alten Machtverhältnisse wieder aufgerichtet wurden. Die friedliche Zukunft unseres Volkes erforderte, daß die Monopolherren, die Großgrundbesitzer, die Militaristen für immer

entmachtet werden. Vor diese Aufgabe sahen sich alle demokratischen Kräfte in ganz Deutschland gestellt, um für immer die Wurzeln des Faschismus auszurotten. Aus den Ruinen unseres Vaterlandes sollte eine neue Gesellschaft entwickelt werden: ein Staat des Friedens und der Demokratie — wie es das Potsdamer Abkommen festlegte. Nachdem der deutsche Imperialismus soviel Leid über die Völker Europas und das eigene Volk gebracht hatte, war sichtbar geworden, daß unser Volk in der Welt nur bestehen konnte durch sein friedliches Streben, durch seine hohen wissenschaftlich-technischen Leistungen, durch seine

humanistische Kultur, in einem Staat des gesellschaftlichen Fortschritts. Dieses wahrhaft nationale Streben wurde in der DDR unter Führung einer marxistisch-leninistischen Partei, durch die Einheit der Arbeiterklasse, im Bündnis aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte durchgesetzt.

Da das werktätige Volk in Westdeutschland seinen Willen nicht durchsetzen konnte, erhielten alle reaktionären Kräfte die Möglichkeit, sich vor allem in der CDU/CSU politisch zu sammeln; sie konnten mit Hilfe der imperialistischen Besatzungsmächte, aber auch mit Hilfe der rechten SPD-Führer ihre alte Macht wieder aufrichten. Die Grundfrage der damaligen Klassenausbeutung: wer soll die Macht ausüben, wurde zugunsten der Monopolherren, der Militaristen und Revanchisten entschieden. Die alten kapitalistischen Kräfte konnten ihre Macht nicht nur erneut aufrichten, sondern auch das staatsmonopolistische Herrschaftssystem weiterentwickeln. Die Staatsmacht wurde von den großkapitalistischen

und reaktionären Kräften okkupiert und wieder — wie in der ganzen kapitalistischen Geschichte Deutschlands — gegen das werktätige Volk ausgeübt. Diese Entwicklung war nur deshalb möglich, weil die Monopolherren dabei die direkte Hilfe der imperialistischen Besatzungsmächte hatten, sich mit der CDU/CSU eine Massenbasis schufen und die rechten sozialdemokratischen Führer die Einheit der Arbeiterklasse verhinderten. Die demokratischen Kräfte blieben gespalten. Die Spaltung der Arbeiterklasse und der demokratischen Kräfte war für die damals am Boden liegenden herrschenden Kräfte das Hauptmittel, um eine demokratische Wandlung im Westen Deutschlands zu verhindern und gleichzeitig die Spaltung Deutschlands vorzubereiten.

Unsere Partei hat in diesem ganzen Zeitabschnitt große Anstrengungen unternommen, um diese Entwicklung zu verhindern. Sie stand darum mit an der Spitze jeder demokratischen Bewegung, die sich gegen diesen gefährlichen Kurs richtete.

Am Schnittpunkt der Entwicklung der Nachkriegszeit

Die gegenwärtige gefährliche Verschärfung der aggressiven Bonner Politik zwingt uns geradezu, von einem Schnittpunkt in der Entwicklung der Nachkriegszeit zu sprechen. Die aggressive Natur des deutschen Imperialismus tritt wieder voll zutage. Worum geht es dabei?

Die Politik der Erpressung, des Druckes und des verdeckten Krieges, mit dem Ziel der Revision der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges war auf Grund der Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses sowie auf Grund des Wachstums und der Festigung des sozialistischen deutschen Staates gescheitert und total bankrott; dadurch und im Ergebnis des zugespitzten Konkurrenzkampfes zwischen den kapitalistischen Ländern verschärfen sich die inneren und äußeren Widersprüche des deutschen Imperialismus. Aus dieser Situation heraus hat der westdeutsche Imperialismus die Flucht nach vorn angetreten. Er ist zu einer allseitigen Verstärkung seiner Expansionspolitik übergegangen. Sie ist einerseits gekennzeichnet durch eine Reihe neuer

und raffinierter Methoden der Außenpolitik, des Angriffs gegen die DDR und andererseits durch die Vorbereitung zahlreicher neuer Varianten seiner aggressiven Militärstrategie — alles im Rahmen der imperialistischen Globalstrategie. Außerdem ist diese aggressive Politik gekennzeichnet durch verschärfte Ausbeutung der Arbeiterklasse und anderer Volksschichten, um das imperialistische Herrschaftssystem mit großer ökonomischer Leistungskraft zu untermauern. Schließlich ist diese Politik durch die reaktionäre Formierung der ganzen Gesellschaft, durch die sogenannte innere Staatsreform und den Kurs auf eine faktische Militärdiktatur gekennzeichnet, um so die innenpolitischen Bedingungen für die verstärkte Expansionspolitik und für die Aggression zu schaffen.

Die Verschärfung der expansionistischen Politik des deutschen Imperialismus und die Förderung einer neofaschistischen Partei — das ist das Hauptmerkmal und das Neue an der gegenwärtigen Lage.

Vor der Entscheidung

Die Bundesrepublik wird durch den westdeutschen Imperialismus immer mehr in die Rolle eines Stoßkeils des USA-Imperialismus gegen den Weltfrieden gezwungen. Der westdeutsche Imperialismus hat im Rahmen der amerikanischen Globalstrategie seine reaktionäre Gesamtkonzeption auf lange Sicht ausgearbeitet. Das ist auch das Programm der CDU/CSU: Expansion nach außen und reaktionäre Formierung nach innen. Die rechten SPD-Führer haben sich ebenfalls auf diese aggressiven Positionen festgelegt. Heute steht unsere Bevölkerung vor der Entscheidung, entweder den reaktionären Weg in den Abgrund zu gehen oder für eine friedliche Zukunft zu kämpfen. Darum ist es notwendig, daß die Arbeiterklasse, daß alle demokratischen Volkskräfte eine programmatische Gesamtorientierung erhalten.

Unser Programm soll eine Alternative zum staatsmonopolistischen Kapitalismus, zur anwachsenden faschistischen Gefahr sein und aufzeigen, wie diese Alternative im Kampf der Volksmassen durchgesetzt werden kann. Mit unserem Programm wollen wir unsere Partei, die gesamte Arbeiterklasse gegen die massiven Angriffe der Monopole und des Staates wappnen, um sie so auf die schärfer werdenden Klassenschlachten vorzubereiten.

Bei der revanchistischen Politik der Regierung Kiesinger/Strauß, der Rolle der sozialdemokratischen Minister in dieser Regierung sowie des Auflebens des Neonazismus und der Zersplitterung der demokratischen, opposition-

nellen Kräfte und bei der Tatsache, daß viele Menschen für sich eine Antwort auf die neuen Fragen und nach einem Ausweg suchen, ist es für die Orientierung, Sammlung und Formierung der oppositionellen Kräfte von entscheidender Bedeutung, daß die Kommunistische Partei mit einer klaren programmatischen Position auftritt, die sowohl die nächsten Aufgaben absteckt als auch Auskunft gibt über die Perspektive des Kampfes in der Bundesrepublik. Angesichts der zunehmenden Bestrebungen verschiedener Kräfte zur Bildung linker Gruppierungen und Parteien in Westdeutschland erscheint uns dies außerdem unerlässlich.

Die KPD muß mit einem zeitgemäßen marxistisch-leninistischen Programm auf den ideologisch-politischen Klärungsprozeß Einfluß nehmen, ihn wirksam beeinflussen und lenken. Geschlecht das nicht, entsteht die Gefahr, daß dieser positive Prozeß steckenbleibt oder von Rechts- und Linksoportunisten in für die Arbeiterklasse schädliche Richtungen gelenkt wird.

Dringender denn je stehen heute vor der Arbeiterklasse und allen demokratischen Volksschichten die Aufgaben, die 1945 ungelöst blieben. Die Bedingungen zur Lösung dieser demokratischen Aufgaben haben sich aber geändert. Das ist einer der Gründe dafür, daß der Zeitpunkt für ein neues Programm der Partei gekommen ist, das der veränderten Lage gerecht wird. Die Notwendigkeit eines Programms unserer Partei wird auch durch eine Reihe neuer Momente in der jüngsten Zeit unterstrichen.

II.

Die gegenwärtige Lage und die Politik der Regierung Kiesinger/Strauß

Charakteristisch für die gegenwärtige Situation des staatsmonopolistischen Kapitalismus ist die Bildung und Politik der Regierung Kiesinger/Strauß. Erinnern wir uns: Vor einem Jahr haben wir auf einer ZK-Tagung die Bildung der Großen Koalition, die Hereinnahme sozialdemokratischer Minister in die Regie-

rung Kiesinger/Strauß als den Beginn eines verschärften Rechtskurses bezeichnet. Diese unsere Feststellung wird heute von immer größeren Teilen unserer Bevölkerung als richtig anerkannt. Die Bildung der Regierung der Großen Koalition war aber auch ein Ausdruck für den Bankrott der Politik der herrschenden Kreise, stand im

engsten Zusammenhang mit dem veränderten Kräfteverhältnis in Deutschland und in der Welt und mit dem Wachstum der inneren Widersprüche des staatsmonopolistischen Systems. Diese Regierungsbildung zeigte so die Labilität des ganzen Systems. Noch vor Jahren prahlten die Apologeten des Kapitalismus vom Wirtschaftswunder mit Stabilität, sozialer Sicherheit und dauernder Konjunktur. Sie verkündeten, der Klassenkampf sei für immer begraben, der Kapitalismus existiere nicht mehr, eine Wohlfahrtsgesellschaft ohne Klassen hätte sich herausgebildet. Aber heute wagt niemand mehr davon zu sprechen. Im Gegenteil. Das Hervorstechende im System ist die Labilität in der Wirtschaft, im ganzen Herrschaftssystem und die wachsende Isolierung der Bundesrepublik in der internationalen Politik. Im Bewußtsein breiter Volksschichten wächst die Erkenntnis, daß die Politik der herrschenden Kreise gegen sie gerichtet ist, daß die alte Politik in eine Sackgasse geführt hat, daß die Lasten dieser Politik den materiellen Lebensstandard senken. Dadurch entstehen Zweifel am herrschenden System, an der Gesellschaftsordnung.

Wir müssen aber mit aller Deutlichkeit unterstreichen, daß die Sammlung der Rechtskräfte schneller voran geht als die Formierung der demokratischen Kräfte. Die ganze Lage erinnert an die letzten Jahre der Weimarer Republik. Auch damals schuf sich das deutsche Monopolkapital in der NSDAP eine neue Partei, die sie mit allen materiellen und politischen Mitteln unterstützte und groß machte, um ihre aggressiven Ziele nach außen durchzu-

setzen und einen Stoßtrupp gegen die sozialistischen und demokratischen Kräfte im Innern zu schaffen. Während die Monopolbourgeoisie die SPD in der Großen Koalition verschleißt, entwickelt sie in der NPD eine neue Kraft, mit der sie ihre Diktatur- und Kriegspläne durchsetzen will. Man ermuntert diese Partei zu ihrer chauvinistischen, antikommunistischen Politik und hilft sogar dieser Partei, ihre soziale Demagogie auch in der Arbeiterschaft zu entwickeln. Das heißt: die herrschende Monopolbourgeoisie legt sich ihr zweites Eisen ins Feuer. Und noch eins. Ebenso wie vor 1933 versuchen die bürgerlichen Politiker und führenden Sozialdemokraten die faschistische Gefahr abzuschwächen. Kiesinger, die Springer-Presse, rechte sozialdemokratische Führer wollen diese gefährliche faschistische Bewegung verniedlichen. Heute ist es schon wieder so weit gekommen, daß das Innenministerium die NPD für verfassungskonform erklärt, die faschistischen Schlägertrupps schützt und zu gleicher Zeit den Sozialistischen Deutschen Studentenbund, der sich als eine aktive demokratische Kraft gegen den Faschismus erweist, als verfassungswidrig verfolgt.

Es ist höchste Zeit, daß angesichts der Zusammenrottung der reaktionären faschistischen Kräfte alle Demokraten sich zusammentun, um dieser Entwicklung einen aktiven antifaschistischen Widerstand entgegenzusetzen. Eine solche antifaschistische Front kann die breitesten Volksschichten umfassen und hat zugleich die größte Unterstützung und Solidarität aller friedliebenden Völker Europas und der Welt.

Wie der Expansionskurs verschärft wird

Betrachten wir einige neue Erscheinungen, die auch im vorliegenden Programm berücksichtigt sind.

Wir schätzten vor einem Jahr ein, daß mit der Regierung Kiesinger/Strauß die Politik der Expansion verschärft wird. Durch die Erklärung von Schröder in der letzten sogenannten Wehrdebatte im Bundestag wird diese Einschätzung vollauf bestätigt. Jeder Gedanke an eine Politik der Entspannung und an Maßnahmen zur Ab-

rüstung wurde von Schröder brüsk zurückgewiesen. Erneut tischte die Regierung die Lüge auf, die Bundesrepublik werde durch das Militärpotential der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten bedroht. Das ist die Methode Adenauers, mit der er von Beginn an den ganzen Kurs der Aufrüstung begründete. Diese Lüge dient dem Zweck, die eigenen aggressiven Absichten vor der Bevölkerung zu verschleiern. Die Bundesregierung hat nicht die Absicht, an der

Schaffung eines neuen Sicherheitssystems in Europa mitzuarbeiten, sondern sie will die NATO festigen, weiter ausbauen und die Vorherrschaft zur Durchsetzung ihrer eigenen aggressiven Pläne gewinnen. Es wird immer deutlicher, daß diese Bundesregierung im Rahmen der Globalstrategie der USA eine aktive Rolle spielt, alle Aggressionsakte des USA-Imperialismus — wo sie auch immer durchgeführt werden, voll unterstützt. So wurde noch einmal klar, daß der deutsche Imperialismus seine ganze Existenz und seine eigenen Eroberungsabsichten verbunden hat mit den verbrecherischen Angriffen des USA-Imperialismus gegen die Völker, die um ihre Freiheit ringen.

Unserer Bevölkerung hatte man in den letzten Monaten vorgegaukelt, die Bundesregierung arbeite eine neue Verteidigungskonzeption aus, die den Realitäten mehr gerecht sein soll. In Wirklichkeit sandte das Kriegsministerium seine Vertreter nach Vietnam, nach Israel, Griechenland, Spanien und Südafrika, um an Ort und Stelle Erfahrungen zu sammeln, wie die eigene Aggressionspolitik nach außen und innen praktiziert werden kann.

So kann es also nicht wundernehmen, daß die Regierung im Bundestag deutlicher als je zuvor die Forderung erhob, daß die Bundeswehr atomar ausgerüstet werden und über ein breites Netz eigener Atomwaffenträger verfügen muß. Bei Schröder wurde deutlich, daß die Militaristen selbständig über nukleare Waffen verfügen wollen, um so die Bundeswehr noch stärker als eine Angriffsarmee auszubauen. Auf dieser Grundlage entwickelte die Regierung als Gesamtkonzeption für die Bundeswehr die sogenannte atomare Vorwärtsstrategie. Der militärische Angriff gegen die DDR als lokal begrenzter Konflikt — das ist das Kriegsbild dieses sogenannten Verteidigungsministers, seiner Generale und aller Militaristen. Diese wahnsinnige Konzeption durchzusetzen wäre selbstmörderisch und hätte den Untergang unserer ganzen Bevölkerung zur Folge. Denn im Herzen Europas, an der Nahtstelle der zwei Weltssysteme, wird jeder lokale kriegerische Konflikt zu einem atomaren Weltkrieg.

Daß die westdeutschen Imperialisten und ihre CDU/CSU aus der Geschichte nichts gelernt haben und nichts lernen wollen, das ist bekannt. Ihre Abenteuerlichkeit hat nie Grenzen gekannt. Strauß, Schröder, Guttenberg und Hassel haben immer diese gefährliche Politik der Revision der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges und der Veränderung der Landkarte Europas vertreten. In den letzten Jahren wurde immer deutlicher, daß diese Politik angesichts des wirklichen Kräfteverhältnisses in der Welt zum Bankrott verurteilt ist. Das Scheitern der Regierungen Adenauer und Erhard ist ja im wesentlichen gerade darauf zurückzuführen. Der aggressive außenpolitische Kurs der CDU/CSU wird heute darum gefährlicher, weil er jetzt auch offen von den SPD-Ministern unterstützt wird. Der Sprecher der Bundestagsfraktion der SPD, Helmut Schmidt, bekannte sich in der Wehrdebatte ausdrücklich zu der von Schröder vortragenen Konzeption, wobei dieser sozialdemokratische Führer die Funktion übernahm, der Bevölkerung die Förderung der Aufrüstung dadurch schmackhaft zu machen, daß die Aufrüstung angeblich Bestandteil einer Entspannungspolitik sei. Das ist der alte Trick von Adenauer, der der Bevölkerung weismachen wollte, daß die Aufrüstung lediglich dazu diene, mit einer „Politik der Stärke“ auf friedliche Weise die Eroberungsziele durchzusetzen. Mit dieser ihrer Politik laden die rechten sozialdemokratischen Führer vor unserem ganzen Volk eine große Schuld auf sich; denn nur durch ihre Unterstützung der aggressiven Konzeption der CDU/CSU ist es möglich, die Expansionspolitik fortzusetzen. Diese aggressive Militärkonzeption der CDU/CSU, die von den SPD-Ministern unterstützt wird, ist auch das Leitbild der faschistischen NPD, die darauf gestützt noch weitergehende Forderungen erhebt.

Angesichts dieser Pläne des deutschen Imperialismus haben wir in unserem Programm versucht, eindringlich die aggressive Natur des deutschen Imperialismus darzulegen und die Aufgaben entwickelt, die sich daraus für die Arbeiterklasse und das ganze friedliebende Volk ergeben.

Notstandsgesetze Werkzeuge der Expansionspolitik

Die Geschichte des deutschen Imperialismus beweist, daß jede seiner Aggressionen nach außen vorbereitet und verbunden wurde mit einer terroristischen Unterdrückung des Volkes im Innern. Die Notstandsgesetzgebung der Regierung ist ein direktes Werkzeug ihrer gefährlichen Expansionspolitik. Die Imperialisten wissen, daß es für sie unmöglich ist, einen Aggressionskrieg zu führen, ohne zuvor die Organisation der Arbeiterbewegung zu knebeln, die demokratischen Organisationen lahnzulegen und durch die regierungskonforme Meinungsmache das Denken der breiten Massen zu manipulieren. Demokratische Rechte des Volkes und imperialistische Aggressionspolitik sind miteinander unvereinbar.

Die Notstandspläne der Bundesregierung bedeuten eine grundlegende Veränderung des Machtapparates des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Sie bedeuten faktisch die Durchsetzung einer „formierten Gesellschaft“, in der alles in den Dienst der Kriegsvorbereitung gestellt wird. Kurz gesagt: es

zeichnet sich die Gefahr einer Militärdiktatur mit faschistischen Zügen ab.

Für die Aufrichtung solcher faschistischer Militärdiktaturen gibt es im NATO-Stab ausgearbeitete Konzeptionen, die ihre Anwendung fanden bei dem monarcho-faschistischen Putsch in Griechenland. Für die Haltung der Bundeswehrgeneralität ist es kennzeichnend, daß sie den griechischen Militärattaché eingeladen hatte, vor dem Offizierskorps der Bonner Garnison über die Erfahrungen bei der Durchführung des faschistischen Staatsstreiches zu sprechen. Das zeigt doch deutlich, daß sich heute die Bundeswehrgenerale vorbereiten, in Übereinstimmung mit der CDU/CSU und der NPD ihre terroristische Herrschaft über das Volk aufzurichten. Es ist unwahrscheinlich, daß den sozialdemokratischen Führern diese Absichten der Generale unbekannt sein sollten, zumal Gewerkschaftsführer in den Notstands-Hearings bereits öffentlich vor einer solchen Gefahr gewarnt haben.

Die Rolle rechter SPD-Führer bei der aggressiven Politik

Wie fest die rechten sozialdemokratischen Führer in das staatsmonopolistische System integriert sind und wie uneingeschränkt sie den aggressiven Kurs der imperialistischen Politik mitmachen, zeigt auch ihre prinzipielle Übereinstimmung mit der CDU/CSU zu den Notstandsgesetzen. Es war erforderlich, auch diese innere Entwicklung im Entwurf unseres Programms grundsätzlich zu formulieren, um die Notwendigkeit des aktiven Widerstandes allen demokratischen Kräften alarmierend darzulegen.

Es ist eine bewußte Irreführung, wenn Wehner, Schmidt und Brandt behaupten, dem nun vorliegenden Regierungsentwurf seien die Giftzähne gezogen. Ohne hier auf Einzelheiten der Notstandsgesetzgebung einzugehen, stellen wir in Übereinstimmung mit allen Notstandsgegnern fest:

Was not tut, ist nicht die Vorbereitung des Kriegsfallcs, sondern eine Politik zur Sicherung des Friedens.

In Übereinstimmung mit den Gewerkschaften, großen Teilen sozialdemokratischer Genossen sowie anderen demokratischen Kräften stellen wir uns die reale Aufgabe und konzentrieren wir unsere ganze Kraft darauf, die Annahme der Notstandsverfassung auch in dieser Legislaturperiode zu verhindern. Es kann sich nicht darum handeln, die Notstandsgesetze zu verändern, wie das die FDP und auch zahlreiche sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete vorschlagen, sondern sie zu verhindern.

Verstärkt die Offensive zur Rettung der Demokratie! Die Notstandsgesetze dürfen nicht durchkommen! So mobilisieren wir alle Demokraten.

Worin besteht das Neue in der Antinotstandsbewegung?

Wie schätzen wir die Entwicklung des Kampfes gegen die Notstandsgesetze ein und worin besteht das

Neue in der Bewegung? Die Auseinandersetzung um die Notstandsgesetze hat sich in den letzten Wochen ver-

schärft. Die Regierung versucht mit Hilfe der rechten SPD-Führer, mit Hearings und anderen Aktionen die Massen zu verwirren und vom aktiven Widerstand gegen die Notstandsgesetze abzuhalten. Dagegen gibt es solche Aktionen, wie sie am 2. Dezember 1967 in Essen durchgeführt wurden. Sie zeigen, welche Bewegung die Volkskräfte zu entfalten vermögen, wenn sie sich auf die Arbeiterschaft und die Gewerkschaften stützen können.

Unsere Partei mißt der Bewegung „Notstand der Demokratie“ und ihrer Kuratorien große Bedeutung bei. Viele dieser Ausschüsse, wie in München und Nordrhein-Westfalen verkörpern in ihrer Zusammensetzung bereits wesentliche Elemente der Koalition aller demokratischen Volkskräfte. Durch diese Entwicklung erweitert und festigt sich das demokratische Bündnis aller Kräfte zur Verteidigung der demokratischen Rechte. Es wäre

jedoch nicht richtig, wenn wir nicht sehen würden, daß die Aktivität der Arbeiterklasse noch dadurch behindert wird, daß Gewerkschaften, wie zum Beispiel der Vorstand der IG Bergbau und andere, nach wie vor jeden aktiven Kampf gegen die Notstandsgesetze hintertreiben wollen. So hat der 1. Vorsitzende des DGB in Nordrhein-Westfalen noch versucht, die Gewerkschaftssekretäre von einer aktiven Mitarbeit an der Essener Kundgebung abzuhalten.

Die Aktivität der Gewerkschaften gegen die Notstandsgesetze ist in den verschiedenen Gebieten der Bundesrepublik unterschiedlich. Dort, wo die Gewerkschaften gegen die Notstandsgesetze auftreten, gewinnen sie in der ganzen Bevölkerung an Autorität, während die rechten sozialdemokratischen Führer durch ihre Mitarbeit an den Notstandsgesetzen die SPD bei den Massen diskreditieren.

III.

Die Zuspitzung der sozialen Widersprüche und die Verschärfung des Klassenkampfes

Der Widerspruch zwischen dem ganzen werktätigen Volk und dem herrschenden Monopolkapital wird immer tiefer und verschärft sich. Die Monopolbourgeoisie will zur Durchsetzung ihrer Expansionspolitik die Rüstungsausgaben noch mehr erhöhen. Gleichzeitig wollen sie ihre Profite steigern. Das aber geht nur zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung. Die Monopolbourgeoisie meint dabei, Schiller würde das möglich machen. Aber diese Rechnung geht nicht auf. Das Großkapital wollte mit Hilfe sozialdemokratischer Minister den Raubzug auf die Taschen der Arbeiter und Angestellten ohne nennenswerten Widerstand durchführen. Die Arbeiterschaft verteidigt ihren Lebensstandard mit wachsender Aktivität. Davon zeugt eine große Zahl betrieblicher Abwehrkämpfe. Das beweist die aktive gewerkschaftliche Lohnbewegung der IG Chemie und anderer Gewerkschaften zur tariflichen Absicherung der Effektivverdienste. Während sich die Monopolherren die Aufgabe stellten,

durch den Angriff auf den Lebensstandard auch gleichzeitig die Autorität der Gewerkschaften zu mindern, wurde das Ansehen der Gewerkschaften durch Aktivität, Großkundgebungen, durch Warn- und Proteststreiks, durch die Mobilisierung der Arbeiter bei Streikurabstimmungen erhöht.

Wir können also die Feststellung treffen, daß in dem Krisenjahr 1967 der Kampfwille der Arbeiterschaft zur Sicherung ihres Lebensstandards und das eigene Kraftgefühl gestiegen ist. Der Streik der Gummiarbeiter zeigte die Schärfe der Klassenauseinandersetzungen. Die streikenden Arbeiter haben gemeinsam mit ihren ausländischen Klassengenossen ihren Kampf aktiv gegen den organisierten Streikbruch und Polizeiterror verteidigt. Dabei standen ihre Frauen ihnen solidarisch zur Seite.

Auch die Bergarbeiter beginnen, Lehren zu ziehen. Sie verstehen schon besser, daß mit Petitionen, Appellen und Schweigemärschen unter schwar-

zen Fahnen weder den Monopolen noch der Regierung beizukommen ist. Darum haben sie sich entschieden, auf ihrer großen Demonstration in Dortmund-Huckarde die Regierung zu kritisieren, mit antikapitalistischen Lösungen aufzutreten und mit vielen roten Fahnen und dem Gesang alter Kampflieder der Arbeiterklasse aufzumarschieren. Das ist ein Zeichen dafür, daß sich die Bergarbeiter wieder auf die eigene Kraft, auf die alte Arbeiterwahrheit verlassen, daß die Arbeiter und ihre Gewerkschaften nur das durchsetzen werden, was sie sich selbst erkämpfen.

In der Abwehr des konzentrierten Angriffs der Monopolbourgeoisie zur Senkung des Lebensstandards, durch

Abbau von Löhnen, Entlassungen, Betriebsstillegungen, die Erhöhung der Mieten, die Verschlechterung der Sozialversicherung, den Abbau sozialer betrieblicher Errungenschaften wurden wieder stärker solche klassenmäßigen Erkenntnisse laut wie: Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will; die Betriebe können auch ohne Unternehmer auskommen, aber nicht ohne Arbeiter; die jetzige Ordnung ist nicht unsere Ordnung. Das zeigt, daß sich in Teilen der Arbeiterschaft eine antikapitalistische Stimmung entwickelt, wodurch größere Möglichkeiten entstehen, in der Arbeiterbewegung die historische Mission der Arbeiterklasse, den Kapitalismus zu überwinden, wieder stärker bewußt zu machen.

Die Ursachen der Wirtschaftskrisen

Wir dürfen natürlich nicht übersehen, daß die Auseinandersetzung der Arbeiterschaft mit dem Monopolkapital kompliziert ist. Bei der Festlegung der gewerkschaftlichen Forderungen wurde deutlich, daß es bei Gewerkschaftsfunktionären oft noch an Klarheit fehlt über die tieferen Ursachen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, über Ursachen und Verlauf der zyklischen Krise und die vorhandenen Möglichkeiten, diesen Krisenerscheinungen offensiv entgegenzutreten. Das ist auch der Grund dafür, warum einige Gewerkschaften auf Lohnentlassungen mit Hinweis auf die Krisensituation verzichten, warum die Mehrheit der Gewerkschaften keine Forderungen auf effektive Lohnerhöhungen stellt, obwohl aufgrund ständiger Preissteigerungen dieser Verzicht zu einer weiteren Senkung der Reallöhne führen muß. Das ist um so schädlicher, als zu gleicher Zeit die Ausbeutung der Arbeiter verschärft, die Arbeitshetze vergrößert, die Gesundheit der Arbeiter immer mehr untergraben wird.

In den Gewerkschaften ist die Erkenntnis vorhanden, daß zur Sicherung der Arbeitsplätze und zur Be-

lebung der Konjunktur Löhne und Renten erhöht werden müssen. Aber der Druck der Regierung, insbesondere auch der rechten sozialdemokratischen Führer und der gesamten Monopolpresse, die Gewerkschaften würden durch solche Forderungen einen Konjunkturaufschwung gefährden, führte dazu, daß einige Gewerkschaften vor den Schlussfolgerungen aus ihren eigenen Erkenntnissen zurückwichen.

Die Zuspitzung der Widersprüche und die Verschärfung des Klassenkampfes führen dazu, daß auch Gewerkschaftsführer sich immer mehr davon überzeugen, daß eine erfolgreiche Vertretung der sozialen Interessen der Werktätigen eine Änderung des aggressiven Kurses der Regierung erfordert. Darum setzen sie sich immer stärker auch für eine radikale Senkung der Rüstungskosten und eine Herabsetzung der Wehrdienstzeit von 18 auf 12 Monate ein. Im Interesse der Sicherung einer Friedenspolitik wächst darum auch bei vielen Gewerkschaften die Erkenntnis, daß die Bundesrepublik ihr Verhältnis zur Deutschen Demokratischen Republik normalisieren und die DDR anerkennen muß.

Programmentwurf über die Ursachen der zyklischen Krise

Im Entwurf ist aufgezeigt, daß der staatsmonopolistische Kapitalismus seine inneren Widersprüche und seine

krisenhafte Entwicklung nicht beseligen kann. Das wird auch bewiesen durch die zyklische Überproduktions-

krise, die die kapitalistische Wirtschaft in der Bundesrepublik 1967 durchmachte. Diese zyklische Krise wurde durch das staatsmonopolistische System modifiziert und war eng verknüpft mit strukturellen Krisen und einer Krise des Staatshaushalts. Es sei darauf hingewiesen, daß durch diese zyklische Krise eine Nichtauslastung von Produktionskapazitäten etwa um 25 Prozent eintrat und seit dem Ausbruch der Krise ein Ausfall an Nationaleinkommen von rund 40 Milliarden DM entstanden ist. Über die sozialen Folgen der krisenhaften Entwicklung für die Arbeiter im Betrieb sind bereits Darlegungen gemacht worden.

Die Krise ist noch nicht zu Ende. Wie auch immer die konjunkturelle Situation sich entwickeln wird, es werden die Bedingungen bleiben, die eine dauernde Bedrohung der materiellen Existenz, eine Gefährdung der Arbeitsplätze hervorrufen.

Die Finanzkrise verschärft sich. Viele Schwierigkeiten, die gegenwärtig im Bundeshaushalt existieren, wurden durch eine Schuldenwirtschaft in die Zukunft verlagert und damit bereits die Voraussetzung für die Verschärfung der Widersprüche von morgen gelegt. **Die Staatsfinanzen werden dadurch zerrüttet, daß ein immer größerer Teil des Nationaleinkommens zur Finanzierung für den immer weiter wachsenden Militärhaushalt verschleudert wird.**

Wir müssen beachten, daß die Preise für die Lebenshaltungskosten unaufhörlich weiter gestiegen sind und im Zusammenhang mit der Mehrwert-

steuer, den Folgen der Pfund-Abwertung und der Bindung der Mark an den Dollar weiter ansteigen und damit inflationäre Tendenzen gefördert werden.

Die strukturellen Krisenerscheinungen, wie sie besonders deutlich im Steinkohlenbergbau, aber auch in der Eisen- und Stahlindustrie vorhanden sind, bleiben bestehen und werden sich mit dem Fortschreiten der wissenschaftlich-technischen Revolution noch verschärfen und auch auf andere Bereiche übergreifen. Diese Entwicklung findet statt vor dem Hintergrund einer wachsenden Beherrschung großer Industriebereiche durch das amerikanische Finanzkapital und der fortschreitenden unproduktiven Vergeudung des Nationaleinkommens für die Rüstung.

Diese Erscheinungen, insbesondere die wachsende soziale Unsicherheit für breite Schichten der Bevölkerung, zeigen anschaulich, daß die Erfordernisse der wissenschaftlich-technischen Revolution von der veralteten Gesellschaftsordnung des Kapitalismus nicht gemeistert werden können; daß eine Entwicklung, die einen großen Aufschwung für die Wohlfahrt des Volkes einleiten könnte, durch die Herrschaft des staatsmonopolistischen Kapitalismus für die breiten Massen in ihr Gegenteil verkehrt wird. Unter diesen Bedingungen muß die Arbeiterklasse sich darauf vorbereiten, daß der Kampf für ihre eigenen Interessen an Tiefe und Schärfe zunehmen wird. Der Klassengegensatz spitzt sich unvermeidlich zu. Das werden auch bereits die im Frühjahr zu erwartenden Lohnbewegungen zeigen.

Genossinnen und Genossen!

Alle diese Darlegungen zeigen die wichtigsten Gründe, warum der Zeitpunkt da ist, daß unsere Partei mit ihrem Programm vor die Volksmassen treten muß. Die Verschärfung des Klassenkampfes in der Bundesrepublik, die verstärkte Aggression des deutschen Imperialismus bestätigen vollauf, was Genosse Breshnew in seiner Rede anläßlich des 50. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution sagte:

„Vor dem Hintergrund der Erfolge des Sozialismus ist noch offensichtlicher geworden, daß der Kapitalismus nicht instande ist, die Grundprobleme der Menschheit zu lösen. Er ist eine Quelle unermesslichen Elends und unzähliger Leiden für die Volksmassen. Der Imperialismus bringt Aggressionskriege hervor. Von ihm geht heute die Gefahr eines weltweiten thermonuklearen Konflikts aus.“

Zur Grundkonzeption des Programmentwurfs

Ich möchte jetzt einige Bemerkungen machen zur Grundkonzeption des vorliegenden Entwurfs.

Die Ausgangspunkte bei unserer Arbeit waren die materiellen, demokratischen und nationalen Interessen unserer Bevölkerung, die Erfahrungen, die sie in der Entwicklung seit 1945 machen konnte. Dem Programmentwurf liegen zugrunde die Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung, die Erkenntnisse des Marxismus-Leninismus und besonders die reichen Erfahrungen, die die Arbeiterklasse in der Deutschen Demokratischen Republik bei der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung und der Durchführung der sozialistischen Revolution sammeln konnte. Die Programm-

Kommission konnte sich bei der Ausarbeitung stützen auf die allgemeingültigen Erfahrungen der ruhmreichen Kommunistischen Partei der Sowjetunion, die in 50 Jahren ihres Kampfes gezeigt hat, daß sie die Lehren Lenins von der Führung des Klassenkampfes, der Eroberung der politischen Macht, des Aufbaus des Sozialismus und des Übergangs zum Kommunismus unter den komplizierten Bedingungen hervorragend gemeistert hat.

Unser Programm wird darum ein Programm sein, das vom Geiste der Prinzipienfestigkeit des Marxismus-Leninismus geprägt ist und die enge Verbundenheit unserer Partei mit den breiten Massen des Volkes zum Ausdruck bringt.

Der staatsmonopolistische Kapitalismus in der Bundesrepublik und die neuen Aufgaben der Arbeiterbewegung

Wir haben versucht, im Entwurf den Nachweis zu führen, daß im staatsmonopolistischen Kapitalismus und auch im engen Zusammenhang mit der wissenschaftlich-technischen Revolution **alle objektiven Bedingungen herangereift sind für den Übergang zum Sozialismus.**

Mit einer solchen Feststellung im Programm wird für unsere gesamte Arbeit in der Arbeiterklasse und im werktätigen Volk eine neue Aufgabe gestellt. Alle Mitglieder unserer Partei müssen gemeinsam mit anderen sozialistischen Kräften die Kritik an der überlebten kapitalistischen Ausbeuterordnung verstärken. Der parasitäre Charakter, die Volksfeindlichkeit, das zutiefst antinationale Wesen des staatsmonopolistischen Kapitalismus gilt es in der täglichen politischen Arbeit vor den Volksmassen zu entlarven, alle antikapitalistischen Stimmungen zu entwickeln, damit breite Volksschichten von dem entschlossenen Willen beseelt werden, diese historisch überlebte Ordnung durch eine neue, sozialistische Ordnung zu ersetzen.

Der Barbarei des Imperialismus, der immer wieder Krisen und Kriege hervorruft, die Völker ausbeutet und unterdrückt, die Existenz unseres eigenen Volkes aufs Spiel setzt, wollen wir eine humanistische Ordnung entgegensetzen, die den arbeitenden Menschen, allen Schichten unserer Bevölkerung — mit Ausnahme der Monopolherren — den Aufstieg zu einem gesicherten und kulturvollen Leben ermöglicht.

Diese Schlußfolgerung für die Bundesrepublik leiten wir auch ab aus dem Charakter der Epoche, in der wir leben. Das Hauptmerkmal unserer Zeit, das ist der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab. Ungeachtet vieler Schwierigkeiten verändert sich das Kräfteverhältnis zwischen Imperialismus und Sozialismus zugunsten der sozialistischen Staaten und der Arbeiterklasse sowie aller Völker, die sich vom Joch des Kolonialismus befreien und den Kampf um einen nichtkapitalistischen Entwicklungsweg mit dem Kurs auf den Sozialismus führen.

Für grundlegende gesellschaftspolitische Veränderungen

Der Kampf um grundlegende gesellschaftliche Veränderungen in der Bundesrepublik erhält dadurch die stärksten Impulse, daß auf deutschem Boden, in der DDR, die Arbeiterklasse mit ihren Verbündeten den Sozialismus aufbaut und alle Probleme der modernen Zeit, die mit der wissenschaftlich-technischen Revolution verbunden sind, erfolgreich im Interesse des werktätigen Volkes löst.

Ich habe bereits dargelegt, daß heute vor der Arbeiterklasse und allen demokratischen Kräften die Aufgaben stehen, die 1945 ungelöst blieben.

Bei der programmatischen Darlegung sind wir davon ausgegangen, daß der Kampf um die demokratische Umwälzung in der Bundesrepublik ein komplizierter und langwieriger Kampf ist, der sich in vielerlei Hinsicht von den Bedingungen unterscheidet, die 1945 in ganz Deutschland gegeben waren.

Es ist ein großer Unterschied, ob der Kampf um eine demokratische Umwälzung geführt wird unter den Be-

dingungen eines am Boden liegenden Macht- und Terrorapparates, wie das 1945 der Fall war, oder ob er heute geführt werden muß, unter den Bedingungen, da der staatsmonopolistische Kapitalismus sich voll entwickelt hat, über einen ausgebauten Staatsapparat mit allen Machtmitteln und über eine weitverzweigte Maschinerie verfügt, um die öffentliche Meinung zu manipulieren.

Man darf nicht nur diese eine Seite sehen. Zu den objektiven Bedingungen gehört auch der Fäulnisprozeß des staatsmonopolistischen Kapitalismus, seine wachsenden inneren Widersprüche, gehört die Veränderung des Kräfteverhältnisses im internationalen Maßstab und in Deutschland, das den Spielraum für den Imperialismus immer mehr einengt. Zu diesen Bedingungen gehört besonders auch der wachsende Widerstand breiterer Schichten der Bevölkerung, die gezwungen sind, sich gegen die Politik der Herrschenden immer enger zusammenzuschließen.

Unser Verhältnis zum Grundgesetz und der Kampf um eine fortschrittliche Demokratie

In unserem Programmentwurf sprechen wir von einer fortschrittlichen demokratischen Ordnung, die in der Bundesrepublik erkämpft werden muß. Dieser Kampf um eine fortschrittliche Demokratie ergibt sich notwendigerweise aus der konkreten Situation in der Bundesrepublik. Im Entwurf des Programms im Abschnitt „Die Umgestaltung der Bundesrepublik zu einem Staat der fortschrittlichen Demokratie und des Friedens“ ist im Detail dargelegt, was erreicht werden muß.

Wie ist unsere grundsätzliche Stellung zur Verfassung der Bundesrepublik? Das Grundgesetz wurde zu einer Zeit geschaffen, da sich die kapitalistischen Kräfte restaurierten, aber auch gezwungen waren, auf die demokratischen Volkskräfte und ihre Forderungen Rücksicht zu nehmen. So sind im Grundgesetz Bestimmungen enthalten, die demokratische Volksrechte vorsehen. Diese Artikel sind heute ein

Hindernis für die imperialistischen Kräfte geworden. Darum geht ihr Bestreben dahin, durch die Notstandsverfassung die demokratischen Volksrechte zu beseitigen. Bei der Beschlußfassung im Parlamentarischen Rat über das Grundgesetz haben die Vertreter der KPD gegen die Spaltungsurkunde gestimmt. **Aber bereits damals erklärte die KPD, daß die Zeit kommen wird, da die Kommunisten das Grundgesetz gegen seine Urheber verteidigen werden.**

Für uns kommt es darauf an, den demokratischen Volksmassen bewußt zu machen, welche Rechte und Möglichkeiten das Grundgesetz ihnen gibt zur Entfaltung ihrer eigenen demokratischen Aktivitäten.

Die Friedenskräfte handeln entsprechend dem Grundgesetz, wenn sie im Kampf gegen die Militaristen und Revanchisten sich auf die Verfassung berufen, die ausdrücklich

eine Friedenspolitik, eine Politik der Völkerverständigung zur Pflicht macht. So ist das Bestehen der NPD verfassungswidrig. Im Grundgesetz ist ein ausdrückliches Verbot jeder Rassen- und Völkerverhetzung enthalten. Im Grundgesetz und in den Länderverfassungen gibt es Artikel zur Enteignung aller Unternehmungen, die dem Volksinteresse entgegenstehen. **Es handeln also alle diejenigen auf dem Boden der Verfassung, die dafür eintreten, daß die Monopolbetriebe, die Banken, die Versicherungen und Zeitungskonzerne in öffentliches Eigentum überführt werden sollen. Es handeln also alle diejenigen auf dem Boden der Verfassung, die für die demokratischen Volksmassen, die Mehrheit der Bevölkerung, auch die Macht im Staate fordern.**

Die KPD unterstützt alle demokratischen Forderungen und Aktionen, von der Forderung der Gewerkschaften nach Mitbestimmung bis zur For-

derung vor allem der Studenten nach Enteignung des Springer-Konzerns, von der Forderung nach Ablehnung der Notstandsgesetze, der Entwicklung einer breiten antifaschistischen Bewegung bis zur Umwandlung der Bundesrepublik zu einem sozialen und demokratischen Rechtsstaat.

Ein besonderes Problem ist dabei, klarzumachen, daß praktisch alle Volksschichten, mit Ausnahme der Konzernherren, an einer demokratischen Perspektive, einer demokratischen Umwälzung interessiert sind und von einer solchen Entwicklung Nutzen haben, während alle diese Volksschichten von der Fortsetzung des heutigen Kurses nur Schaden erleiden können und ihre Existenz aufs Spiel gesetzt wird. Damit wird klar gestellt, daß unsere Partei ihr Programm nicht als Selbstzweck versteht, sondern als ein Programm für das Volk, das es gilt im gemeinsamen Kampf durchzusetzen.

Verfassungsfragen sind Machtfragen

Der Klasseninhalt des Volkskampfes für eine fortschrittliche Demokratie besteht darin, daß im harten politischen Kampf die Machtpositionen des Monopolkapitals abgebaut werden, daß die Arbeiter, die fortschrittliche Intelligenz, die Bauern und der städtische Mittelstand politisch stärker werden und Einfluß gewinnen im Staat, in der Wirtschaft, in der ganzen Gesellschaft. Um es ganz deutlich zu sagen, worum es geht: es geht um die politische Macht. Sie muß in die Hände eines demokratischen Bündnisses gelangen.

Ist das auf dem Boden des Grundgesetzes und der Landesverfassungen möglich? Das ist möglich. Dazu ist allerdings der Kampf um die Erweiterung der Demokratie nötig. Es muß das Recht der Parlamente durchgesetzt werden, die Politik der Regierungen verbindlich festzulegen und das Recht des Volkes, in Volksentscheidungen wichtige Fragen der staatlichen Politik und des gesellschaftlichen Lebens selbst zu entscheiden, um nur einige Punkte zu nennen, in welcher Richtung wir die demokratische Selbstbestimmung des Volkes fordern und erweitern wollen. Ausdrücklich heißt es in dem Entwurf, daß Verfassungs-

fragen Machtfragen sind. **Der geschriebene Text der Verfassungen und die gesellschaftliche Wirklichkeit sind heute weit voneinander entfernt. Darum ist die Verwirklichung der demokratischen Rechte abhängig vom Kampf der Massen.**

Im Entwurf ist nach der Darlegung der Lage in Westdeutschland und der historischen Alternative zum staatsmonopolistischen Kapitalismus die Entwicklung der Bundesrepublik zu einer fortschrittlichen Demokratie gefordert. Dann werden strategisch-taktische Fragen der sozialistischen Revolution, des Weges zum Sozialismus behandelt. So wie wir uneingeschränkt für den Sozialismus in der Bundesrepublik als der historischen Mission der Arbeiterklasse eintreten, so deutlich erklären wir, daß dazu notwendig ist, daß die Arbeiterklasse als stärkste und führende Kraft in der Gesellschaft gemeinsam mit ihren Verbündeten die politische Macht ausüben muß. So hat es schon Marx gelehrt, das ist die Erfahrung aller sozialistischen Revolutionen: Eroberung der Staatsmacht, um damit die Ausbeutergesellschaft zu beseitigen und die neue sozialistische Gesellschaftsordnung aufzubauen.

Das Besondere in unserer Lage ist, im Kampf gegen die diktatorische Herrschaft der Monopole über das Volk eine demokratische Herrschaft des Volkes durchzusetzen, das Kräfteverhältnis zwischen den Volksmassen und den Monopolen zu verändern, damit die Werktätigen den politischen Kurs bestimmen können. Von der außerparlamentarischen Aktivität der breiten Volksmassen hängt es ab, daß die Parlamente als Willensvollstrecker der Mehrheit des Volkes mit einer stabilen Mehrheit sozialistischer und

demokratischer Parteien eine bedeutende Rolle spielen können.

Wir erklären in unserem Entwurf ausdrücklich, in der Bundesrepublik, auf dem Boden des Grundgesetzes, gestützt auf die Aktivität der Massen, die politischen und ökonomischen Machtverhältnisse ändern zu wollen. Diese Aufgabe wird in einer längeren Periode den Kampf um eine fortschrittliche Demokratie bestimmen. Wir sind davon überzeugt, daß in diesem Kampf grundlegend neue Bedingungen für den weiteren gesellschaftlichen Fortschritt entstehen.

Für ein demokratisches Bündnis der Volkskräfte

Die wichtigste neue Bedingung wird sein, daß die politische Macht im Rahmen des Grundgesetzes an ein demokratisches Bündnis übergeht. Das wollen wir. Diese Macht des demokratischen Bündnisses wird die demokratischen Umwälzungen zu Ende führen.

Unsere Partei wird mit allen sozialistischen Kräften gemeinsam in dieser längeren Periode grundlegender demokratischer Reformen stets das sozialistische Ziel vor Augen haben und die Arbeiterklasse, alle progressiven Kräfte des Volkes darauf orientieren. So werden sich die Kräfte entwickeln für den Übergang der demokratischen Umwälzung in die sozialistische Revolution.

Natürlich, der Imperialismus wird nicht kampfflos weichen. Der Imperialismus ist seinem Wesen nach kriegerisch und gewalttätig. Alles hängt davon ab, die Arbeiterklasse im Bündnis mit allen demokratischen Schichten des Volkes auf dem Boden des Grundgesetzes in den Kampf um eine demokratische Staatsmacht mit einem

Mehrparteiensystem zu führen und im Kampf um grundlegende demokratische Veränderungen die politischen und ökonomischen Machtpositionen des Monopolkapitals abzubauen und zu beseitigen. Das ist der konkrete Weg, die herrschende imperialistische Klasse zu hindern, den konterrevolutionären Bürgerkrieg zu eröffnen. Natürlich warnen wir in jeder Stunde davor, etwa vertrauensselig zu sein. Die imperialistischen Kräfte können nur zum Zurückweichen gezwungen werden durch die Aktivität der Volksmassen selbst. Ein Angelpunkt für den Weg in die Zukunft ist darum gegenwärtig die Verteidigung der demokratischen Freiheitsrechte, die auf eine Friedenspolitik gerichteten Bestimmungen des Grundgesetzes, der Kampf gegen die Notstandsgesetzgebung, der Kampf zur Sicherung und Erweiterung der Demokratie. Angesichts der komplizierten Bedingungen in der Bundesrepublik ist es natürlich nicht möglich, den Weg der sozialistischen Revolution im einzelnen im voraus bestimmen zu wollen.

V.

Der Weg zur Lösung der nationalen Frage

Wenn über die Grundkonzeption unseres Programms gesprochen wird, dann gehört dazu der Weg zur Lösung der nationalen Frage. Als Marxisten-Leninisten haben wir nie die nationale Frage losgelöst von den Klassen, dem Klassenkampf und der konkreten politischen Situation betrachtet. Sie ist für uns eine zutiefst

soziale und demokratische Frage. Die nationale Frage ist objektiv eine Auseinandersetzung der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen mit dem System der staatsmonopolistischen Herrschaft. Wer beherrscht die Nation, wer soll die Nation führen? — das ist das Problem.

Wir legen im Entwurf dar, daß die

Monopolbourgeoisie im Interesse der Aufrechterhaltung ihrer Macht Westdeutschland vom deutschen Nationalverband abgespalten hat, also aus ihren egoistischen imperialistischen Klasseninteressen. Die herrschenden imperialistischen Kräfte haben sich damit selbst unauslöschlich das Schandmal des nationalen Verrats eingebrannt. Diese Spaltung Deutschlands konnte ihnen nur gelingen, weil sie sich dabei auf die Bajonette der imperialistischen Besatzungsmächte stützten.

Unsere Partei hat stets gegen die imperialistischen Spalter und für die nationale Einheit auf demokratischer Grundlage gekämpft. Sie war dabei mit allen friedliebenden Kräften in

ganz Deutschland verbunden. Nach der Errichtung eines imperialistischen Staates auf westdeutschem Boden war es eine historische Notwendigkeit für die Arbeiterklasse und alle demokratischen Kräfte, in der damaligen sowjetisch besetzten Zone den antifaschistisch-demokratischen Staat, die DDR, zu formieren. Das war ein großer historischer Sieg der Arbeiterklasse ganz Deutschlands. Damit wurde dem imperialistischen Großmachtstreben des westdeutschen Monopolkapitals der Weg versperrt, konnte die antifaschistisch-demokratische und schließlich die sozialistische Revolution zum Siege geführt und für diesen Teil Deutschlands die nationale Frage gelöst werden.

Die aktuellen nationalen Aufgaben

Heute ist die Lage so, daß sich beide deutsche Staaten auf ihren gegensätzlichen gesellschaftlichen Grundlagen voll entwickelt haben. Die sozialistische Deutsche Demokratische Republik und die kapitalistische Bundesrepublik. Man kann wohl bei uns die Lage so beurteilen, daß die Mehrheit des Volkes erkennt, so wie die beiden deutschen Staaten heute sind, ist es unmöglich, sie zu vereinen. Beide deutsche Staaten werden für eine lange Zeit nebeneinander bestehen.

Die aktuelle nationale Aufgabe für die Arbeiterklasse und alle demokratischen Kräfte sehen wir im Kampf gegen die imperialistische und militaristische Politik des staatsmonopolistischen Kapitalismus, gegen die Pläne der Finanzbourgeoisie, die DDR zu erobern und den Sozialismus von deutschem Boden zu beseitigen. Ich habe an anderer Stelle schon gesagt, zu welchem vernichtendem Resultat ein militärischer Angriff auf die DDR für die Bundesrepublik führen würde. Dieser Kampf fällt zusammen mit dem weltweiten Kampf gegen den USA-Imperialismus, um einen neuen Weltkrieg zu verhindern und Aggressionen, wie in Vietnam, zurückzuschlagen. In diesem Kampf ist die Durchsetzung einer Politik der friedlichen Koexistenz zwischen beiden deutschen Staaten, die Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik durch die Bundesregierung eine

zentrale Aufgabe. Die Politik des Alleinvertragsanspruchs erweist sich als bankrott. In der Bevölkerung wachsen jene Kräfte, die die Lage realer einschätzen, die die Normalisierung zwischen beiden deutschen Staaten und die Anerkennung der DDR für notwendig halten. Das zwingt Kiesinger, von einer starken Anerkennungspartei im Volk zu sprechen.

Die Lösung der nationalen Frage auf lange Sicht besteht für die Arbeiterklasse und alle anderen demokratischen Schichten darin, die Monopolbourgeoisie zu entmachten und jene demokratischen Veränderungen der Gesellschaft durchzusetzen, die wir im Programmentwurf dargelegt haben.

So sind wir im Einklang mit der gesetzmäßigen Entwicklung unserer Epoche, des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. Die DDR hat diesen Weg beschritten, stärkt ihre Staatsmacht, geht der Vervollendung des umfassenden Aufbaus des Sozialismus entgegen. Sie schafft sich dafür eine neue Verfassung, die der sozialistischen Wirklichkeit und der Perspektive des Sozialismus gerecht wird. Unsere Partei kämpft für die demokratischen Volksrechte, für die Sicherung des Friedens, für eine demokratische Umwälzung und eröffnet für die Arbeiterklasse, die progressiven Kräfte in der Intelligenz, die werktätigen Mittelschichten in Stadt und Land die Perspektive des Sozialismus.

Auf diesem Wege entstehen die konkreten Möglichkeiten, beide deutsche Staaten wieder zu einem Nationalverband zusammenzuschließen. Das

ist kurz gefaßt unser Standpunkt zur Lösung der nationalen Frage. Das zukünftige einheitliche Deutschland wird sozialistisch sein.

VI.

Unsere Stellung zur internationalen Arbeiterbewegung

Im abschließenden Teil unseres Programmentwurfs bestimmen wir unsere Stellung in der internationalen Arbeiterbewegung. Das ist eine sehr wichtige Frage; hängen doch neue Siege über den USA-Imperialismus und seinem westdeutschen Hauptpartner wesentlich davon ab, daß in der internationalen Arbeiterbewegung — auf der Grundlage einer exakten marxistisch-leninistischen Analyse der gegenwärtigen Lage und neuen Erscheinungen — Grundfragen der Strategie und Taktik behandelt werden und daß die Einheit der kommunistischen und Arbeiterparteien gefestigt wird, um so erfolgreich gemeinsame Aktionen der Weltkräfte des Sozialismus und des Friedens gegen den aggressiven Imperialismus durchsetzen zu können. Unsere internationalistische Verpflichtung in der Bundesrepublik besteht darin, daß wir einen entschlossenen Kampf führen gegen die Stoßtruppe des internationalen Imperialismus in Europa. Unser Kampfplatz ist das Zentrum der Reaktion, der Hauptgefahrenherd für Frieden und Sicherheit in Europa. Wir wollen unseren Beitrag leisten für die Festigung der Reihen der europäischen sowie der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung und für die Stärkung ihrer Aktionsfähigkeit durch unser konsequentes Ringen um die Einheit der Arbeiterkräfte, die Sammlung aller demokratischen Kräfte zur Entfaltung des Klassenkampfes gegen die reaktionäre, neofaschistische und aggressive Politik der Monopolbourgeoisie und ihrer Kiesinger/Strauß-Regierung.

Weil wir der Meinung sind, daß das gemeinsame Handeln gegenwärtig eine Hauptbedingung für die Bändigung des USA-Imperialismus ist, sind wir mit der großen Mehrheit der kommunistischen und Arbeiterparteien für eine unverzügliche Vorbereitung einer

neuen Weltkonferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien. Der heutigen Tagung des Zentralkomitees liegt darum ein Antrag vor, in dem unsere Partei die vorbereitende Zusammenkunft für eine solche Konferenz in Budapest begrüßt und vorgeschlagen wird, daran teilzunehmen. Die Konferenz der kommunistischen Parteien aus den sozialistischen und kapitalistischen Ländern Europas in Karlovy Vary, die Teilnahme von über 80 kommunistischen und Arbeiterparteien an den Oktoberfeierlichkeiten in Moskau zeigen, daß der Wille zur Einheit der kommunistischen Weltbewegung wächst.

Ich will noch einmal unterstreichen, daß die Notwendigkeit einer Weltkonferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien darin begründet ist, Grundlagen für eine allseitige Offensive der überlegenen Kräfte des Sozialismus, der Weltarbeiterklasse, der Staaten der nationalen Demokratie und aller Friedenskräfte gegen die verbrecherische Praxis des Imperialismus zu eröffnen mit dem Ziel, ihm eine historische Niederlage zu bereiten. Dazu sind im Rahmen der allgemeinen Krise des Kapitalismus, durch das schnelle Erstarken der sozialistischen Staaten, dem verstärkten Kampf der um nationale Freiheit und Unabhängigkeit kämpfenden Völker und den Aufschwung der Arbeiterbewegung auch in den Ländern des entwickelten Kapitalismus die realen Voraussetzungen entstanden.

Wir stimmen mit der Feststellung des Genossen Breshnew völlig überein, daß die Abwendung der Mao-Gruppe vom Marxismus-Leninismus in der Geschichte der Revolution in China eine Episode bleiben wird und das chinesische Volk den Kurs auf den Sozialismus, wie ihn der VIII. Parteitag der KP Chinas festgelegt hat, letzten Endes durchsetzen wird.

Unter diesem Gesichtspunkt ist es notwendig, sich mit der spalterischen Tätigkeit der Mao-Gruppe in China auseinanderzusetzen, die nicht nur die Arbeiterbewegung in der Welt schwächt, den Befreiungskampf der ehemals kolonialen Länder erschwert und so objektiv dem Imperialismus hilft, sondern auch im eigenen Land durch Preisgabe wichtiger Prinzipien des Marxismus-Leninismus die sozia-

listischen Erfolge des chinesischen Volkes gefährdet.

Das, Genossinnen und Genossen, sind einige Erläuterungen zur Grundkonzeption unseres Programms.

Nun möchte ich einiges zu dem Abschnitt sagen, in dem die Kräfte behandelt werden, mit denen die Ziele, die entwickelt wurden, erreicht werden sollen.

VII.

Die Kräfte für den Sieg der Volkssache – die Rolle der KPD

Man kann die Frage nach den Kräften nur richtig beantworten, wenn man vom grundlegenden Widerspruch in der Gesellschaft und vom strategischen Ziel und den dabei erforderlichen taktischen Notwendigkeiten ausgeht. Was ist das Wichtigste? Das Wichtigste ist die volle Klarheit über die Rolle unserer Partei.

Gerade im Zusammenhang mit dem 50. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution wurde noch einmal die Rolle kommunistischer Parteien unterstrichen, die über genügend Autorität und Einfluß verfügen müssen, um den Klassenkampf unter den verschiedensten Bedingungen entfalten zu können. Bei der Größe und Kompliziertheit der Aufgaben, die bei uns zu lösen sind, trifft das im vollen Umfang auch auf unsere Partei zu. Wir müssen uns darüber klar sein, daß zur Veränderung des Kräfteverhältnisses viele angespannte Kämpfe und beharrliche Arbeit erforderlich sind. Darum hängt

alles von der Klarheit in unseren eigenen Reihen, von ihrer ideologischen Festigkeit, von ihrer organisatorischen Stärke ab, von der Steigerung ihres Einflusses in den Massen.

Der deutsche Imperialismus ist ein heimtückischer Gegner. Er wendet vielfältige Methoden an, um die Massen zu verwirren, sie am einheitlichen Handeln zu hindern. Darum ist die Auseinandersetzung mit der Ideologie des deutschen Imperialismus, insbesondere mit dem Antikommunismus, von besonderer Bedeutung.

Unsere Partei muß im Kampf für die Ziele, die wir in unserem Programm darlegen, so stark werden, daß sie in der Lage ist, in allen Kämpfen Molot zu sein, die dabei der Arbeiterklasse und der Bevölkerung den Weg in eine bessere, gesicherte Zukunft zeigt und die Fähigkeit besitzt, alle antiimperialistischen, antimonopolistischen, demokratischen Kräfte zum einheitlichen Handeln zusammenzuschließen.

Was ist dabei gegenwärtig die zentrale Frage?

Es geht darum, alle jene zu sammeln, die von den Gefahren einer militaristisch-faschistischen Diktatur bedroht werden und die verhindern wollen, daß von unserem Boden aus ein selbstmörderischer nuklearer Krieg ausgeht.

Im Programm wird dargelegt, daß die Arbeiterklasse hierbei die Hauptkraft ist, daß sie sich in diesem Kampf um Sein oder Nichtsein verbünden kann und muß mit nahezu der gesamten Bevölkerung, der Intelligenz,

den Bauern, den Handwerkern, ja sogar mit jenen Unternehmern, die erkennen, daß der Rüstungs- und Revanchekurs auch ihr Untergang ist. Es ist objektiv möglich, alle diese Kräfte zusammenzuführen für eine nationale Politik des Friedens, gegen Militärdiktatur und Faschismus und für eine demokratische Perspektive der Bundesrepublik.

Da die Arbeiterklasse die führende Kraft in der Gesellschaft ist, hängt die Stärke einer demokratischen Volks-

bewegung vom Auftreten der Arbeiterklasse ab. Darum ist die Monopolbourgeoisie stets bemüht, die Entwicklung des Klassenbewußtseins der Arbeiter zu verhindern und die Reihen der Arbeiterbewegung zu spalten. Das kann sie aber nur mit Hilfe rechter sozialdemokratischer Führer und das geschieht gegenwärtig besonders

durch die Politik von Wehner, Schmidt und anderer sozialdemokratischer Führer, die durch ihre Zusammenarbeit mit den Monopolen und Imperialisten die SPD immer mehr in Gegensatz bringen zur Masse der Arbeiter und den Gewerkschaften, wobei sie selbst die Spaltung in die sozialdemokratische Partei hineinbringen.

Über neue Aufgaben der Gewerkschaften

Während sich rechte sozialdemokratische Führer immer mehr in das staatsmonopolistische System eingliedern und sich mit Haut und Haaren der imperialistischen Politik verschreiben, wächst in der Arbeiterklasse, bei Gewerkschaftern, vielen Sozialdemokraten und parteilosen Arbeitern der Wille zu einer selbständigen Arbeiterpolitik und zum einheitlichen Handeln. Während Schüler in der Regierung Kiesinger/Strauß die Politik der Monopole gegen das werktätige Volk praktiziert und alle seine Maßnahmen darauf hinauslaufen, den staatsmonopolistischen Kapitalismus zu festigen, nimmt in den Gewerkschaften die Erkenntnis zu, eine eigene selbständige Alternative der Arbeiterschaft zu entwickeln bis zu der Forderung des Mitglieds des Bundesvorstandes des DGB, Georg Neemann, daß es jetzt nicht

mehr allein um Fragen der Lohn-, Sozial- und Vermögenspolitik geht, sondern um die Machtverteilung in unserer Gesellschaft.

In unserem Entwurf haben wir eine Einschätzung der Rolle der Gewerkschaften in der Gesellschaft und im politischen Kampf gegeben. Die eben erwähnte Forderung eines Gewerkschaftsführers kennzeichnet noch nicht die Gesamtpolitik der Gewerkschaften. Das Verhalten zur Politik der SPD-Minister ist keineswegs konsequent. Aber trotz mancher Illusionen und Unklarheiten ist die Grundtendenz in der Entwicklung der Gewerkschaften positiv und trägt dazu bei, das Klassenbewußtsein der Arbeiter neu zu entwickeln, das Kraftbewußtsein zu stärken und den Willen zu erzeugen, den Kampf um die Veränderung der Machtverhältnisse zu führen.

Zur Lage in der SPD und unsere Politik der Aktionsgemeinschaft

Was ist das Charakteristische der Lage innerhalb der SPD? Die Parteispitze arbeitet mit den reaktionärsten Kräften der CDU in der Regierung zusammen und in der Mitgliedschaft wächst die Forderung nach einer eigenen, auf die Interessen des werktätigen Volkes ausgerichteten Politik. Es bilden sich in den Gewerkschaften Arbeitskreise sozialdemokratischer Gewerkschafter, die mit den Beschlüssen und Forderungen der Gewerkschaften gegen die Politik der rechten Führer in der SPD auftreten wollen. Es ist offensichtlich, daß ohne eine Entwicklung der SPD nach links, ohne die Stärkung der Kräfte in der SPD, die für eine selbständige demokratische Alternative und für eine Arbeiterpolitik eintreten, eine Veränderung des Kräfteverhältnisses nicht zu erreichen ist. Mit dieser Lo-

sung der Linksentwicklung glauben wir, sind gerade die sozialdemokratischen Massen, die Gewerkschafter, die nach Veränderungen strebenden Kräfte der Jugend und der Studenten am besten anzusprechen. Das scheint uns besonders wichtig auch im Kampf gegen die neonazistischen Tendenzen.

In diesem Sinne diskutieren wir mit Mitgliedern, Funktionären und auch Abgeordneten der SPD, damit sie in ihrer Partei und in der Öffentlichkeit stärker offen auftreten mit selbständigen Forderungen wie sie in Beschlüssen vieler Organisationseinheiten der SPD und der Gewerkschaften enthalten sind. Unsere Anstrengungen gehen dahin, alles zu tun, damit immer mehr Sozialdemokraten aktiv an den außerparlamentarischen Aktionen im Kampf gegen die Notstandsgesetze, gegen den Vietnam-Krieg, gegen den

Neonazismus, für die Anerkennung der DDR, gegen Rüstung und Sozialabbau teilnehmen.

Durch ein solches Verhalten zu unseren sozialdemokratischen Genossen beweisen wir am besten, daß wir alles tun wollen, was in unseren Kräften steht, um gemeinsam mit ihnen der gefährlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Einhalt zu gebieten und die Lage zum Besten der gesamten Bevölkerung zu verändern.

In diesem Zusammenhang verdient der Parteitag der SPD im März nächsten Jahres Beachtung. Wehner und Brandt wollen auf diesem Parteitag die Arbeiterklasse von ihrer eigentlichen Aufgabe ablenken. Sie stellen

Unsere Position zu den sozialistischen Gruppierungen

Auch die sozialistischen Gruppierungen — wie der Sozialistische Bund, VUS, ASU und ähnliche, können durchaus eine positive Bedeutung erlangen und einen Beitrag zur Mobilisierung aller oppositionellen Kräfte, besonders unter der Intelligenz, gegen die staatsmonopolistische Herrschaft leisten. Diese Gruppierungen diskutieren zur Zeit ein Aktionsprogramm, mit dem sie ihre gemeinsamen Aufgaben in der Arbeiterbewegung festlegen wollen. Um alle sozialistischen

in den Mittelpunkt die Frage nach der Stellung der Bundesrepublik in Europa. Wir müssen bei unserer Diskussion mit den Sozialdemokraten in den Mittelpunkt rücken die Stellung der Arbeiterklasse und der demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik, damit die sozialdemokratischen Mitglieder und Funktionäre bei der Diskussion zu ihrem Parteitag mehr Klarheit gewinnen über die Notwendigkeit des gemeinsamen Handelns mit den Gewerkschaften und Kommunisten, um in der Bundesrepublik einen neuen Kurs durchzusetzen. Davon hängt auch ab, daß die Bundesrepublik in Europa nicht mehr die Rolle eines Störenfrieds spielt, sondern zu einem Friedensfaktor wird.

Gruppierungen für diesen Zweck zusammenzuführen, wollen sie im Februar eine Konferenz durchführen, ein Aktionsprogramm beschließen und für die Förderung vielfältiger Aktionen ein leitendes Zentrum schaffen. Wir sind der Meinung, daß diese Initiativen sozialistischer Gruppierungen ein wertvoller Beitrag sein können, die Kraft der Arbeiterbewegung zu erhöhen. Diese Initiativen verdienen daher unsere Unterstützung.

An der Seite der Jugend

Mit diesem unserem Programm weisen wir uns insbesondere vor der jungen Generation als eine Kraft aus, die nicht nur die gesellschaftlichen Mißstände erklärt, sondern den Weg zu ihrer Veränderung zeigt. Wir fordern die Jugend zu einem selbständigen Beitrag für die Verwirklichung fortschrittlicher gesellschaftspolitischer Ideale, für Demokratie und Sozialismus auf. Wir tun dies in einer Zeit, da Teile der Arbeiterjugend und der Studenten, junge Sozialisten, Gewerkschafter, junge Demokraten in einen offenen Gegensatz zu der Politik der

Regierenden, zu den Mißständen dieser Gesellschaft, zu den autoritären Entwicklungstendenzen geraten sind und zum Teil mit eigenen Forderungen für eine neue Politik auftreten. Den jungen Arbeitern und anderen werktätigen jungen Menschen gerade jetzt zu zeigen, was Sozialismus ist, wie er erkämpft werden kann, ist eine Aufgabe von uns Kommunisten. Es ist unsere Aufgabe, sozialistisch und humanistisch denkenden jungen Menschen zu helfen, zu einer organisierten Kraft zu werden.

Mit dem Programmentwurf die Politik beeinflussen

Im Programm legen wir auch dar, daß in der CDU/CSU die Widersprüche zunehmen. Der Gegensatz wächst zwischen den christlichen Werktätigen und den monopolkapitalistischen Ausbeutern. Auch bei ihnen wächst die Unzufriedenheit über die ungerechte gesell-

schaftliche Ordnung. Die Unkultur, die sich in der Bundesrepublik breitmacht, die Brutalisierung des Gefühlslebens durch die würdelose Manipulierung des Denkens breiter Massen zugunsten der Profitinteressen, das Prinzip der Profitsucht und Geldgier, das alle

moralischen Werte in den Schmutz zerzt, ruft bei vielen religiös empfindenden Menschen Empörung hervor. Das humanistische Anliegen, das aus ihrer religiösen Überzeugung erwächst, macht sie zu Gegnern des menschenfeindlichen Imperialismus und eröffnet die Möglichkeit eines fruchtbaren Dialogs zwischen Marxisten und Christen.

Wir gehen von dem marxistischen Grundsatz aus, daß die Herstellung des einheitlichen Handelns der Arbeiterklasse, die Verständigung der verschiedenen Strömungen der Arbeiterbewegung über die Veränderung der politischen Machtverhältnisse die Grundlage ist für die Herstellung eines breiten demokratischen Bündnisses, in dem die Arbeiterklasse als Hauptkraft wirkt. Fehlt der Arbeiterklasse eine solche Orientierung auf die Zusammenarbeit mit anderen sozialen Schichten, besonders auch mit den Bauern und dem städtischen Mittelstand, so entsteht eine akute Gefahr, daß faschistische Kräfte mit sozialer und nationaler Demagogie diese Schichten für ihre imperialistischen Zwecke mißbrauchen.

Für die Wahlen in Baden-Württemberg, die im April 1968 stattfinden, hat sich eine Demokratische Linke konstituiert. Die Initiative dazu ging aus von Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionären, darunter Kommunisten und Sozialdemokraten, die in ihren Appellen darlegten, daß es notwendig sei, zur Politik der Großen Koalition eine Alternative zu entwickeln. Diese Arbeiterfunktionäre haben auch in richtiger Weise betont, daß die Arbeiterschaft gemeinsam mit allen demokratischen Kräften der Bevölkerung auftreten muß. In diesem Sinne wurde in Baden-Württemberg auf einer großen Konferenz ein Wahlprogramm beschlossen und festgelegt, einen gemeinsamen Wahlkampf der verschiedenen demokratischen und

linken Gruppierungen zu führen. So ist eine aktive Wahlgemeinschaft der Demokratischen Linken, der DFU und anderer Kräfte entstanden.

Angesichts der volksfeindlichen, reaktionären und gefährlichen Politik der Regierung Kiesinger/Strauß unter Beteiligung sozialdemokratischer Minister und dem Anwachsen der faschistischen NPD haben viele Arbeiter und demokratische Bürger begrüßt, daß man wieder links wählen kann, um der Rechtsentwicklung entgegenzutreten. Unsere Partei entwickelt ihre Politik auf der Grundlage des Entwurfs unseres Parteiprogramms, stärkt ihre eigenen Reihen, und alle Kommunisten unterstützen mit großer Aktivität den Wahlkampf der Demokratischen Linken. Bei den Arbeitern in den Betrieben, in den Gewerkschaften, in der SPD, bei den Studenten, bei den Frauen und besonders unter der Jugend wächst die Kritik am herrschenden System und wird die Frage nach einem neuen Zukunftsbild für die Gesellschaft gestellt. Unser Programm ist für alle diese Menschen ein Kompaß, sich in den komplizierten Kämpfen zur Lösung der aktuellen Fragen und des Weges in eine demokratische und sozialistische Zukunft zurechtzufinden. Wir haben versucht, das gemeinsame Interesse, die gemeinsamen Erkenntnisse, die Erfahrungen vieler Aktionen aller fortschrittlichen Kräfte in unserem Programm zu verarbeiten.

Wir alle wissen, daß die Mitglieder unserer Partei und auch größere Teile der Öffentlichkeit auf unser Programm warten. Das ist nicht zufällig und hängt auch nicht nur zusammen mit dem Kampf um die Legalität unserer Partei, sondern entspricht einem wachsenden Bedürfnis, die herangereiften Probleme durch eine marxistisch-leninistische Analyse zu klären und einen Weg in die Zukunft zu zeigen.

Hört den deutschen Freiheitssender 904

Jeden Abend um 19.00 Uhr, 21.00 Uhr, 22.30 Uhr

Jeden Morgen um 4.30 Uhr, 5.00 Uhr, 5.30 Uhr

• Hört die Welle des Deutschen Freiheitssenders 904 = 331,9 m! •

Wie müssen wir als Partei mit dem Entwurf unseres Programms arbeiten?

Mit der Veröffentlichung des Entwurfs des Programms der KPD muß ein neuer Aufschwung im Leben und Kampf der Partei erreicht werden. Das Zentralkomitee stellt diesen Entwurf in der Partei, in der Arbeiterklasse, in der Öffentlichkeit zu einem Zeitpunkt zur Diskussion, da

- sich die Bundesrepublik an einem Schnittpunkt ihrer Entwicklung befindet;
- sich die Klassegegensätze verschärfen und die sozialen und politischen Auseinandersetzungen schärfere Formen annehmen;
- in der Arbeiterklasse, in der Jugend und in anderen Volks-

schichten die Kritik an den bestehenden gesellschaftlichen und machtpolitischen Verhältnissen zunimmt und die Fragen nach der künftigen gesellschaftspolitischen Perspektive aufgeworfen werden;

- das Interesse in der Arbeiterklasse und der jungen Generation an der Politik der KPD, die Rolle unserer Partei zunimmt und zugleich höhere Anforderungen an die politische und ideologische Arbeit der Kommunisten gestellt werden;
- auch in der westdeutschen Arbeiterbewegung die Diskussion über eine richtige Strategie und Taktik der westdeutschen Arbeiterbewegung begonnen hat.

Volksaussprache über den Programmentwurf zum Ziel setzen

Mit dem „Programm der KPD“ unterstreicht unsere Partei im 50. Jahr ihres Bestehens ihre Rolle als die marxistisch-leninistische Partei der westdeutschen Arbeiterklasse, entwickelt sie eine richtige Strategie und Taktik, beantwortet sie die entscheidenden Fragen der nächstliegenden Etappe und der Perspektive. Die Diskussion über den Programm-Entwurf muß zum Ziel haben,

- die bereits eingeleitete Tätigkeit unserer Partei auf eine stärkere politische und ideologische Massarbeit weiterzuführen, die Partei für die nationale Grundsatzdiskussion in der Arbeiterklasse und in der Arbeiterbewegung zu befähigen;
- die Partei zu befähigen, ihrer Verantwortung und führenden Rolle gerecht zu werden, die sich verschärfenden Auseinandersetzungen dadurch zu bewältigen, daß sie die Arbeiterklasse und die Jugend zu Kampfaktionen mobilisiert;
- die Arbeiterklasse, die Werktätigen, alle fortschrittlichen Kräfte mit den Zielen und Vorstellungen unserer

Partei bekanntzumachen und so das Klassenbewußtsein zu heben, das sozialistische Bewußtsein zu entwickeln;

- der gesamten Tätigkeit der Partei eine klare Richtung zu geben und den Kampf für die Legalität der Partei und die Stärkung der illegalen Organisation weiterzubetreiben.

In diesem Sinne muß die Diskussion dazu beitragen, die Partei und die Öffentlichkeit noch stärker für die Unterstützung solcher Aktionen zu mobilisieren, wie

- die Ostermärsche und Solidaritätsbewegung für das kämpfende Volk in Vietnam;
- Verstärkung des Kampfes gegen die Notstandsgesetze und für die Aufhebung des Verbots der KPD;
- Mobilisierung der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen gegen den sozialen Abbau, für höheren Lohn, Vorbereitung und Durchführung der Betriebsrätewahlen 1968.

Unsere Alternativen konstruktiv darlegen

Unsere Partei muß die Vorstellungen im Programm-Entwurf als eine echte politische Alternative gegenüber der Politik der herrschenden Kräfte in Westdeutschland vor der Bevölkerung darlegen. Wir wollen damit Antwort geben auf alle Fragen, die nach einer Lösung drängen. In vielfältigen Formen der Agitation und Propaganda gilt es, unsere konstruktive Politik sichtbar zu machen. So wollen wir einwirken auf die Arbeiterschaft und die SPD, auf die progressiven Kräfte in den Gewerkschaften und in den sozialistischen Gruppierungen sowie allen demokratischen Bewegungen.

Primär muß die Diskussion in der Partei zur Klärung unserer Strategie und Taktik, zur Steigerung der politischen Aktivität der Mitglieder und Grundorganisationen führen. Mit dieser großen Aussprache führen wir vor der Öffentlichkeit den Nachweis, daß wir nicht nur den politischen Zielen, sondern auch dem innerparteilichen Leben nach eine demokratische Partei sind.

Die Diskussion wird geführt mit dem Ziel, die Partei, vor allem die Grundorganisationen, politisch und organisatorisch zu stärken. Alle Mitglieder, Grundorganisationen und Leitungen sollen durch Meinungsäußerungen bzw. Abänderungsvorschläge, die dem ZK eingereicht werden, teilhaben an der Erarbeitung der Generallinie unserer Partei.

Wir streben an, die Diskussion auf kollektiver Basis zu führen. Darum müssen die Leitungen konkrete Maßnahmen beschließen, die sichern, daß die Zahl und die Anteilnahme an Gruppenversammlungen das bisher Erreichte übersteigt und es zur Bildung neuer Gruppen kommt.

Der Schwerpunkt der Diskussion außerhalb der Partei muß im Betrieb, bei der Arbeiterklasse liegen. Wir sollten alle Möglichkeiten nutzen, die sich in den Gewerkschaften, mit Sozialdemokraten, in der Arbeiterjugend, an den Universitäten usw. ergeben, um den Entwurf als ganzes oder auch in Teilfragen zur Diskussion zu stellen. Dabei kommt es darauf an, daß unsere Partei sehr

beweglich die vielfältigen Methoden anwendet.

Durch die damit verbundene notwendige Verstärkung unserer Massennarbeit wachsen auch die Möglichkeiten für die Werbung neuer Mitglieder. Konsequenter sollten wir dies im Interesse der Stärkung der Kampfkraft unserer Partei nutzen.

Die Diskussion über Grundfragen unserer Politik in den Mitgliederversammlungen der Parteigruppen und Grundorganisationen wird laut Statut verbunden mit der Wahl von Parteigruppenleitern und Sekretären der Grundorganisationen. Das wird im Zusammenhang mit der Programmdiskussion den demokratischen Charakter des Parteilebens und die politisch notwendige Orientierung auf die Grundorganisationen noch verstärken und die Qualität der Parteitagsvorbereitungen heben.

Die Diskussion mit dem Entwurf des Programms muß dazu führen, daß die Parteiorganisation zu einem offensiven Auftreten gegen alle opportunistischen und sektiererischen Auffassungen befähigt wird. Alle Leitungen müssen sich darüber klar sein, daß mit der Veröffentlichung unseres Programm-Entwurfs ein heftiger politisch-ideologischer Kampf um die Grundpositionen der Arbeiterbewegung beginnt. Der Gegner wird dabei alle seine Mittel der Meinungsmanipulierung und die verschiedenartigsten Gruppierungen dazu benutzen, um sowohl mit opportunistischen wie dogmatischen Argumenten die marxistisch-leninistische Position unserer Partei zu bekämpfen.

Nachdem das Dokument der Öffentlichkeit übergeben ist, kommt es darauf an, mit allen Leitungen und Grundorganisationen, allen Genossinnen und Genossen zu beraten, welche große Möglichkeiten für die Diskussion in der Öffentlichkeit gegeben sind. Weitere politische Initiativen und Orientierung auf Aktionen müssen das Ergebnis dieser Diskussion sein. Dabei wollen wir mit einer offensiven Anlage unserer politischen Tätigkeit die Bewegung für die Aufhebung des Verbots der KPD verbreitern.

Im Jubiläumsjahr alles für die Legalität der Partei

Es ist eine große Leistung unserer Mitglieder und Funktionäre, nach elf Jahren des Verbots erreicht zu haben, daß der Kampf um die Legalität heute ein fester Bestandteil der politischen Auseinandersetzung geworden ist. Das ist ein Beweis dafür, daß es den Urheber des Verbots nicht gelungen ist, ihre Absicht durchzusetzen, die KPD auszuschalten. Die KPD steht heute mehr denn je im politischen Leben der Bundesrepublik. Die Forderungen und Argumente der Kommunisten gewinnen immer mehr an Gewicht. Die KPD gilt etwas, man will ihre Ansicht hören; in den Gewerkschaften zählt ihre Stimme, die Sozialdemokraten zeigen uns gegenüber größere Aufgeschlossenheit; in der Intelligenz ist die Meinung der Kommunisten gefragt und vor allem die Jugend will ein vorwärtsweisendes Wort von den Kommunisten selbst hören.

In diesem Jahr feiert unsere Partei und die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, mit der wir im festen Kampfbündnis verbunden sind, den 50. Jahrestag der Gründung der KPD. Dieses bedeutungsvolle Ereignis fällt zusammen mit dem 50. Jahrestag der November-Revolution. Beide Ereignisse erfordern eine große Aufklärungsarbeit unter den Arbeitern, den Sozialdemokraten, allen progressiven Kräften in der Bundesrepublik. Das Beste, was wir zum 50. Jahrestag unserer Partei der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik geben können, ist unser vorwärtsweisendes Programm. Mit diesem Programm wollen wir auch eine neue große Offensive für die Legalität unserer Partei eröffnen.

Die Bundesregierung, die reaktionären Kräfte, die am Verbot der KPD festhalten wollen, sind durch diesen wachsenden Druck und auch durch den Druck der internationalen Öffentlichkeit in Schwierigkeiten geraten; sie fürchten die Linksentwicklung und das anwachsende Vertrauen zu den Kommunisten. Das ist der Grund, warum die Regierung gegenüber der KPD Winkelzüge und Manöver durchführt. Die Regierung erklärt, die KPD solle sich neu gründen, aber den Marxismus-Leninismus preisgeben

und sich der imperialistischen Regierungspolitik unterordnen. Es ist klar, Genossinnen und Genossen, daß es absurd ist, von uns zu erwarten, wir würden unsere marxistisch-leninistische Partei preisgeben. Das haben wir nicht getan während der Hitlerherrschaft, das taten wir nicht in den vergangenen elf Jahren und jetzt, wo in der Öffentlichkeit der Ruf nach einer legalen marxistisch-leninistischen Partei immer stärker wird, ist es erst recht unsinnig, zu glauben, die Kommunisten würden eine regierungskonforme Partei werden. Unsere Antwort auf alle diese Spekulationen und Manöver ist unser Programm. Damit stellen wir klar, was unsere Politik ist, welche Ziele wir uns stellen und daß wir auf dem Boden des Grundgesetzes in Verbindung mit einer breiten Aktivität der demokratischen Volksmassen unser Programm verwirklichen wollen.

So tritt die KPD vor das Volk mit dem legitimen Anspruch auf volle Freiheit.

Freiheit für die KPD — das ist ein Damm gegen die Rechtsentwicklung, gegen die faschistische NPD. Freiheit für die KPD — das ist Freiheit für alle friedliebenden und nationalbewußten Menschen.

Und jetzt, Genossinnen und Genossen, laßt uns im Zentralkomitee mit der Diskussion über unseren Entwurf beginnen, im Bewußtsein unserer großen Verantwortung vor unserer Partei und vor der ganzen Arbeiterklasse, vor unserem Volk.



bringt der Deutsche Fernseh-
funk an jedem zweiten Mon-
tag von 18.30 bis 18.45 Uhr.

Einen neuen Anfang machen

Aus der Neujaarsbotschaft

des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht

Heute vor einem Jahr habe ich in meiner Neujaarsbotschaft die Regierung der westdeutschen Bundesrepublik aufgefordert, ihre törichte Alleinvertretungsanmaßung und ihre Revanchepolitik zu begraben. Ich habe konkrete Vereinbarungen für die Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten vorgeschlagen. Leider lehnt die Regierung in Bonn gleichberechtigte Verhandlungen ab, spricht aber demagogisch von „neuer Ostpolitik“.

Um zu einer Verständigung zu kommen, hat danach — wie Sie wissen — der Vorsitzende des Ministerrates der DDR, Genosse Willi Stoph, der Bonner Regierung einen ausgearbeiteten Vertragsentwurf übermittelt. Wir wollten es dem Bonner Bundeskanzler Kiesinger, seinem Außenminister Brandt und den anderen Mitgliedern der Regierung in Bonn erleichtern, von dem Dreschen hohler Phrasen loszukommen und endlich die entscheidenden konkreten Fragen des friedlichen Nebeneinander- und Miteinanderlebens der beiden deutschen Staaten zu behandeln.

Die Bonner Regierung hat leider alle unsere konstruktiven Vorschläge abgelehnt und versucht, mit einem Nebelvorhang allgemeinen Geredes über menschliche Beziehungen, Brückenschlag und so weiter und so weiter die von ihr unverändert fortgesetzte Politik der rechtswidrigen Alleinvertretungsanmaßung, der Revanche und der imperialistischen Expansion abzudecken.

Das heißt, die Herren in Bonn wollen sich für ihre Revanchepolitik die Hände frei halten.

Natürlich wissen wir, daß in Westdeutschland und Westberlin die Vernünftigen und Friedfertigen — von der Bonner Regierung Anerkennungsparade genannt — an Gewicht, Zahl und Anhang gewinnen. Viele Gewerkschafter und Intellektuelle widerset-

zen sich entschieden der Vorbereitung einer Notverordnungsdictatur und dem System der geistigen Manipulierung der Menschen durch die kapitalistischen Meinungsfabriken und -institute.

Aber die demokratischen Kräfte in Westdeutschland sind noch zersplittert. Sie haben es zudem mit raffinierten, rücksichtslosen und gewalttätigen Gegnern zu tun, die sich im Besitz der Bonner Staatsmacht befinden und von den imperialistischen Mächten gestützt werden. Bei dieser Lage können die demokratischen Kräfte in Westdeutschland nur zum Erfolg kommen, wenn sie erkennen und aus dieser Erkenntnis Schlußfolgerungen ziehen, daß sie die Zusammenarbeit mit der Friedenspolitik der Deutschen Demokratischen Republik brauchen, um die Dinge in Westdeutschland zum Guten zu wenden.

Alle Bürger der westdeutschen Bundesrepublik sollten sich gründlich mit den Fragen beschäftigen, die mit der Ausarbeitung der ersten deutschen sozialistischen Verfassung, der neuen Verfassung der DDR, zusammenhängen. Sie werden dann leichter erkennen, daß die Revanche- und Eroberungspolitik der Bonner Regierung vollkommen und unwiderruflich bankrott ist.

Und wir meinen, die Bürger der westdeutschen Bundesrepublik täten gut daran, sich mit dem Gedanken zu befreunden, daß sie nach einem neuen Anfang für das friedliche Neben- und Miteinander der beiden deutschen Staaten suchen müssen.

Um diesen Neubeginn des Denkens und Handelns der westdeutschen Bürger zu fördern, möchte ich an der Schwelle des neuen Jahres 1968 erklären:

1 Wir erneuern unseren Vorschlag auf Abschluß eines Vertrages über Gewaltverzicht zwischen den Regie-

rungen der beiden deutschen Staaten. Jeder Westdeutsche, der nicht auf die DDR und ihre Bürger schießen will, kann — so meine ich — diesen Vorschlag unterschreiben.

② Unserem Entwurf eines Vertrages über die Herstellung und Pflege gleichberechtigter Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten, der auf dem Tisch der Bonner Regierung liegt, halten wir aufrecht.

③ Wir schlagen Verhandlungen vor zwischen den Regierungen der beiden deutschen Staaten sowie zwischen den gewählten Leitungen der Gewerkschaften und anderen Massenorganisationen über die vollständige Abrüstung der beiden deutschen Staaten, über die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, über den Verzicht auf Herstellung, Mitverfügung und Anwendung von Kernwaffen und über das Verbot der Lagerung von nuklearen Sprengköpfen auf dem Gebiet der beiden deutschen Staaten.

④ Schritte der Entspannung können nur dann real sein, wenn die Regierung der westdeutschen Bundesrepublik auf die aggressive Alleinvertretungsanmaßung und Revanchismus in jeglicher Form verzichtet, die bestehenden Grenzen in Europa einschließlich der Grenze zwischen der DDR und der westdeutschen Bundesrepublik anerkennt und jede revanchistische Propaganda unterbindet.

⑤ Auf Grund des völkerrechtlich gültigen Potsdamer Abkommens der vier Mächte gehört es zu den Pflichten beider deutscher Staaten und ihrer Bürger, Militarismus und Nazismus auszuschalten und die Vormachtstellung des Monopolkapitals zu brechen. Das ist in der Deutschen Demokratischen Republik geschehen. In der westdeutschen Bundesrepublik steht die Erfüllung dieser Pflichten noch aus. Die Erfüllung dieser Pflicht ist

eine Grundbedingung für die Zukunft der Nation.

Die Deutsche Demokratische Republik und ihre Bürger anerkennen ihre völkerrechtliche Verpflichtung, den friedliebenden und demokratischen Kräften der westdeutschen Bundesrepublik bei der Erfüllung der genannten, vom Potsdamer Abkommen gestellten Aufgaben politisch und moralisch zu helfen.

Unabhängig von dem, was in Westdeutschland geschieht, gehen wir in der Deutschen Demokratischen Republik unseren klaren und guten Weg weiter.

Auch das Jahr 1968 und die weiteren vor uns liegenden Jahre werden Jahre intensiven Lernens und angestrengter Arbeit sein. Nichts wird uns dabei von selbst in den Schoß fallen. Die großen Aufgaben werden wir nur gemeinsam bewältigen können, wenn sich einer auf den anderen verlassen kann, wenn die Kraft, die in der sozialistischen Gesellschaft liegt, voll zur Wirkung kommt.

Damit nehmen wir zugleich Kurs auf den 20. Jahrestag unserer Deutschen Demokratischen Republik im Jahre 1969. Wir wollen, liebe Mitbürger, Genossen und Freunde, diesen Jahrestag mit neuen großen Leistungen, Erfolgen und Errungenschaften gemeinsam würdig vorbereiten.

Es entspricht der Dialektik der Geschichte, daß dem 1968 fälligen 50. Jahrestag der Novemberrevolution, in welcher sich unser Volk den Sieg noch einmal von der Reaktion entreißen ließ, der 20. Jahrestag der Deutschen Demokratischen Republik folgt.

Das zeigt anschaulich, daß wir, die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands — im engen Bündnis mit den in der Nationalen Front zusammengeschlossenen Parteien und Massenorganisationen — die richtigen Lehren aus der deutschen Geschichte gezogen haben.

I N H A L T

Zum Programmentwurf der Kommunistischen Partei Deutschlands

Rede des Genossen Max Reimann, 1. Sekretär des ZK
der KPD, auf der 11. Tagung des Zentralkomitees

Seite

Die gegenwärtige Lage und die Politik der
Regierung Kiesinger/Strauß 8

Die Zuspitzung der sozialen Widersprüche
und die Verschärfung des Klassenkampfes . . . 12

Zur Grundkonzeption des Programmentwurfs . . 15

Der Weg zur Lösung der nationalen Frage . . . 18

Unsere Stellung zur internationalen
Arbeiterbewegung 20

Die Kräfte für den Sieg der Volkssache –
die Rolle der KPD 21

Wie müssen wir als Partei
mit dem Entwurf unseres Programms arbeiten? 25

Einen neuen Anfang machen

Aus der Neujahrsbotschaft des Vorsitzenden des
Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht 28

